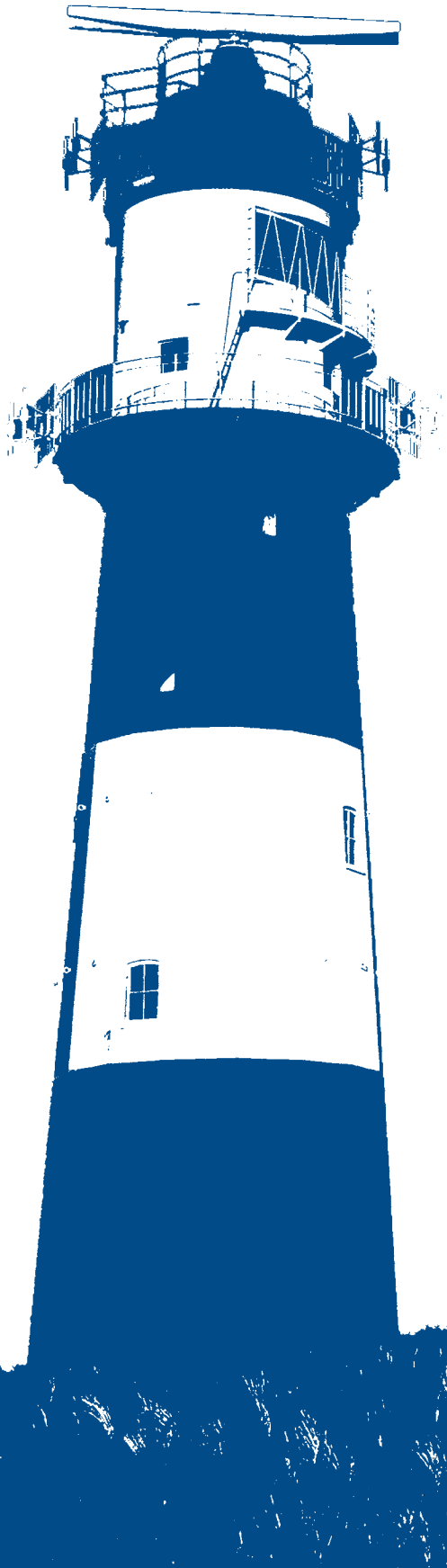
IHK Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg



STARKE KOMMUNEN. STARKE WIRTSCHAFT.

Kommunalpolitische Positionen

der IHK für Ostfriesland und Papenburg



IHK Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg

Ihr erster Ansprechpartner in allen Wirtschaftsfragen

VORWORT

Die Kommunalwahl 2026 liegt hinter uns. In den Städten, Gemeinden und Landkreisen sind die politischen Weichen für die kommenden Jahre gestellt: Neue und wiedergewählte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landräte sowie Mitglieder der Räte und Kreistage übernehmen Verantwortung für die Entwicklung ihrer Kommunen. Ihre Entscheidungen werden maßgeblich mitbestimmen, unter welchen Rahmenbedingungen die regionale Wirtschaft arbeiten, investieren und wachsen kann.

Die niedersächsische Wirtschaft steht vor großen Herausforderungen. Seit der Corona-Pandemie ist ein nachhaltiges Wachstum ausgeblieben und die Folgen der vergangenen Rezession sind noch allgegenwärtig. Hinzu kommen neue geo- und sicherheitspolitische Entwicklungen, die Deutschland insgesamt betreffen und auch auf die Kommunen wirken. Sie beeinflussen Investitionen, Arbeitsplätze und die strategische Ausrichtung der Wirtschaft vor Ort. Angesichts dieser Lage müssen Kommunen ihre Standortfaktoren besonders klug gestalten, Prioritäten setzen und Rahmenbedingungen schaffen, die Stabilität, Innovation und Zukunftsfähigkeit sichern.

Vor diesem Hintergrund hat unsere IHK dieses Positionspapier entwickelt, um die zentralen wirtschaftspolitischen Themen für die kommende Wahlperiode zu bündeln. Entstanden ist es aus einer engen Zusammenarbeit aller niedersächsischen IHKs und in Abstimmung mit Ausschüssen und Vollversammlungen, sodass die Expertise und Anregungen der Unternehmerinnen und Unternehmer aus der Praxis direkt in die Inhalte eingeflossen sind.

Mit den Kommunalpolitischen Positionen 2026 bieten wir den neu gewählten Räten und Kreistagen ein Gespräch an. Gemeinsam wollen wir die Weichen für eine starke, zukunftsfähige Wirtschaft in Ostfriesland und Papenburg stellen. In diesem Sinne wünschen wir Ihnen eine anregende Lektüre!



Theo Eilers
Präsident



Max-Martin Deinhard
Hauptgeschäftsführer



Theo Eilers
Präsident



Max-Martin Deinhard
Hauptgeschäftsführer

INHALT

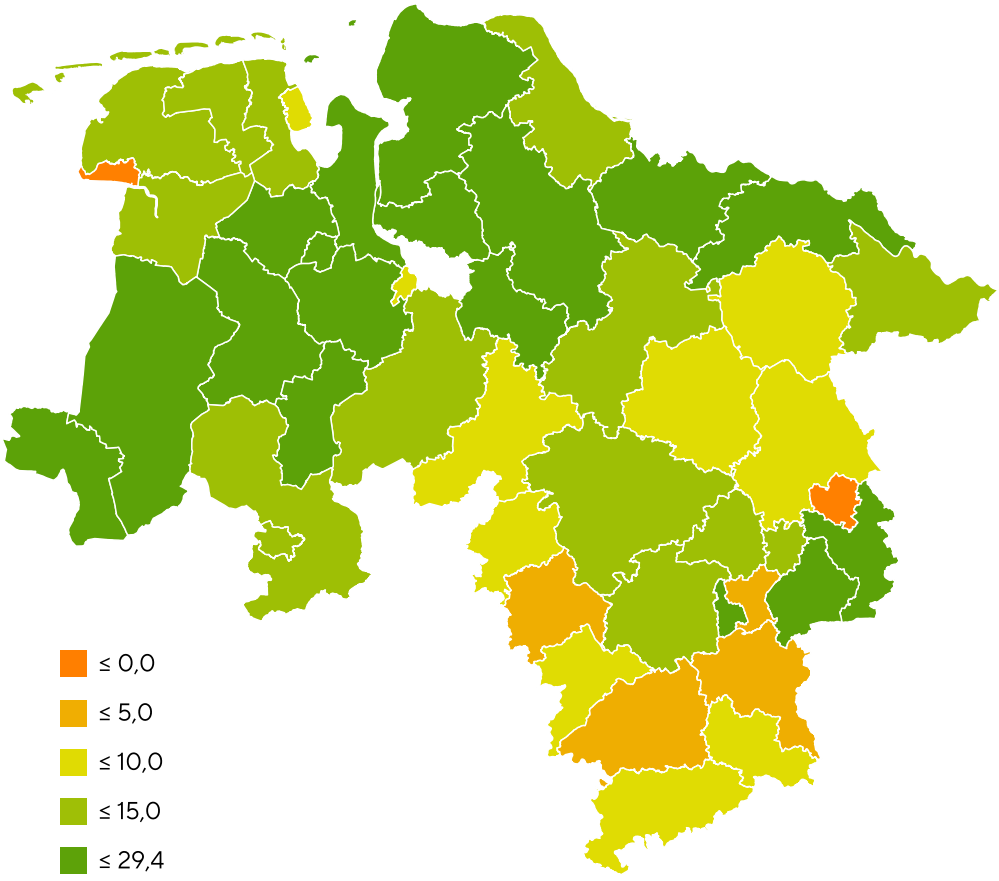
1	Fachkräfte sichern, Arbeitsmarktpotenziale ausschöpfen	5
2	Duale Ausbildung stärken	8
3	Bürokratie wirksam abbauen, Verwaltung modernisieren	11
4	Verkehrsinfrastruktur modernisieren und Mobilität sichern	14
5	Infrastruktur für Kommunikation und Energie zukunftsfähig gestalten	17
6	Sicher leben, Resilienz und Gesundheitsinfrastruktur stärken	20
7	Zentren beleben und Aufenthaltsqualität erhöhen	23
8	Erreichbarkeit verbessern und Nahversorgung sichern	26
9	Unternehmertum stärken, Gründung und Innovation fördern	29
10	Kommunalfinanzen solide aufstellen und Schulden abbauen	32
11	Steuererhöhungen vermeiden	35
	Impressum	39

1 Fachkräfte sichern, Arbeitsmarktpotenziale ausschöpfen

Die Sicherung von Fach- und Arbeitskräften ist eine der größten Zukunftsaufgaben für Wirtschaft und Kommunen. Der demografische Wandel, die wirtschaftliche Transformation und die internationale Konkurrenz um Fachkräfte machen es für Unternehmen zunehmend schwieriger, qualifizierte Mitarbeitende zu gewinnen. Dieser Engpass wird sich durch die Verrentung der Babyboomer weiter verschärfen. Ohne entschlossenes Handeln droht der Fachkräftemangel zu einer Wachstums- und Innovationsbremse für Unternehmen und Regionen zu werden.

Wichtige Schlüssel zur Lösung sind die Stärkung der beruflichen Bildung (siehe Kapitel 2), die bessere Ausschöpfung vorhandener Arbeitsmarktpotenziale sowie die Gewinnung und Integration internationaler Fachkräfte. Hierbei tragen auch Kommunen eine zentrale Verantwortung – etwa bei Wohnraum, Kinderbetreuung und Willkommenskultur.

Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2015-2025
(Angaben in Prozent)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Wie es ist

Der demografische Wandel verschärft den Fachkräftemangel
In Niedersachsen stagniert die Zahl der Erwerbspersonen, während die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand gehen. Zwar steigt die Zahl der Schulabsolventinnen und - absolventen leicht – vor allem durch junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte –, doch insgesamt bleibt das Fachkräftepotenzial begrenzt. Auch bei den Studienanfängerzahlen zeichnet sich nach einem Rückgang nur eine leichte Erholung ab. Die Folge: Sowohl die berufliche als auch die akademische Nachwuchsgewinnung stehen unter Druck. Besonders groß ist der Engpass bei beruflich qualifizierten Fachkräften – sowohl in der Industrie als auch in vielen Dienstleistungsbranchen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen, die das Rückgrat der regionalen Wirtschaft bilden, haben zunehmend Schwierigkeiten, geeignete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen.

Der Wettbewerb um Talente wird intensiver
Nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern europa- und weltweit versuchen Regionen, Fachkräfte zu gewinnen. Neben einem attraktiven Arbeitsplatz sind bezahlbarer Wohnraum, gute Schulen, verlässliche Kinderbetreuung, eine gute Erreichbarkeit über Straße, Schiene und ÖPNV, digitale Angebote und eine hohe Lebensqualität weitere Schlüsselfaktoren. Gerade viele ländliche Räume verfügen über Vorteile wie eine intakte Umwelt, mehr Platz zum Wohnen und Leben sowie ein – je nach Lage – moderateres Mietniveau. Diese Potenziale werden bislang jedoch noch zu wenig sichtbar gemacht.

Fachkräftepotenziale im Inland bleiben ungenutzt
Zwar hat die Erwerbstätigkeit von Frauen, Älteren und Menschen mit Migrationshintergrund in den letzten Jahren zugenommen, doch bleibt Niedersachsen weiter hinter seinen Möglichkeiten zurück. Viele berufstätige Eltern können ihre Teilzeitbeschäftigung nicht in gewünschtem Maße aufstocken, weil flexible Arbeitszeitmodelle und verlässliche Betreuungsangebote fehlen. Ältere Beschäftigte scheiden zudem häufig verfrüht aus dem Erwerbsleben aus, die Arbeitslosenquote unter Menschen mit Migrationshintergrund liegt weiterhin deutlich über dem Durchschnitt.

Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf bleibt unzureichend
Trotz Fortschritten fehlen vielerorts Kita-Plätze, Ganztagsangebote an Schulen sowie flexible Betreuungsmodelle in Randzeiten und Ferien. Lange Wartelisten und Personalmangel verschärfen die Situation. Auch für pflegende Angehörige bestehen zu wenig Angebote, um Erwerbstätigkeit und Pflege zu vereinbaren.

Internationale Fachkräfte sind unverzichtbar – Verfahren bleiben jedoch schleppend
Zuwanderung leistet einen wachsenden Beitrag zur Fachkräftesicherung, doch in der Praxis hemmen lange Bearbeitungszeiten, fehlende digitale Abläufe und vielfach unzureichend ausgestattete Ausländerbehörden die arbeitsmarktbezogene Integration, insbesondere die zeitnahe Arbeitsaufnahme. Viele Betriebe berichten, dass es Monate dauert, bis Stellen mit internationalen Fachkräften besetzt werden können. Kommunen haben eine Schlüsselrolle, da sie im direkten Kontakt zu Neubürgern stehen und damit das Gesicht der Willkommenskultur prägen.

Was zu tun ist

Standortattraktivität entwickeln und aktiv vermarkten
Kommunen sollten ihre Standortvorteile konsequent entwickeln: bezahlbarer Wohnraum, intakte Umwelt, gute Schulen, leistungsfähige Mobilitätsangebote sowie Kultur- und Freizeitmöglichkeiten. Dazu gehört insbesondere, ausreichend Flächen für Wohnungsbau bereitzustellen und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, damit attraktiver Wohnraum entstehen kann. Ebenso wichtig ist eine moderne digitale Infrastruktur, die gerade für Fachkräfte in wissensintensiven Berufen ein entscheidender Standortfaktor ist. Diese Stärken sollten nicht nur innerhalb der Region sichtbar sein, sondern überregional kommuniziert und gemeinsam vermarktet werden. Auf diese Weise können Kommunen im Wettbewerb um Arbeits- und Fachkräfte ein attraktives Bild nach außen tragen und ihre Chancen im regionalen und überregionalen Standortwettbewerb erhöhen.

Wohnortnahe und flexible Kinderbetreuung sicherstellen
Die Kommunen müssen Betreuungsangebote quantitativ und qualitativ ausbauen. Dies stärkt die frühkindliche Bildung und gibt zugleich jungen Familien die Chance, ihre Berufstätigkeit auszubauen. Dazu gehören mehr Plätze, verlässliche Ganztagsbetreuung, flexible Öffnungszeiten in Randzeiten und Ferien sowie die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung ab 2026. Private Träger und betriebliche Kitas sollten stärker einbezogen und bürokratische Hürden abgebaut werden. Auch Angebote zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf sind auszubauen.

Fachkräftepotenziale im Inland mobilisieren
Ältere, Langzeitarbeitslose und Menschen mit Migrationshintergrund müssen stärker in den Arbeitsmarkt integriert werden. Erforderlich sind passgenaue Qualifizierungen, bessere Beratung, eine personell und finanziell ausreichende Ausstattung von Jobcentern und Arbeitsagenturen sowie enge Kooperation mit Unternehmen. Öffentlich geförderte Beschäftigung darf nur ein Übergang sein – Ziel muss die Integration in den ersten Arbeitsmarkt bleiben.

Internationale Fachkräfte gewinnen und integrieren
Kommunale Ausländerbehörden müssen effizient, digitalisiert und serviceorientiert arbeiten. Eine „Ermöglicher-Einstellung“ sollte Grundlage des Verwaltungshandelns sein. Welcome Center sind flächendeckend zu etablieren, um Unternehmen und Fachkräfte bei Visa, Wohnungssuche und Integration zu unterstützen. Zudem braucht es betriebsnahe, flexible Sprach- und Integrationskurse in ausreichender Anzahl und ohne lange Wartezeiten. Entscheidend ist auch eine gelebte Willkommenskultur in Vereinen, Schulen und Kommunen. Hier können Letztere durch Förderung von Integrationsprojekten, Unterstützung lokaler Netzwerke und Kooperation mit Bildungs- und Kulturträgern aktiv dazu beitragen, dass Zugewanderte dauerhaft bleiben und Teil der Gesellschaft werden.

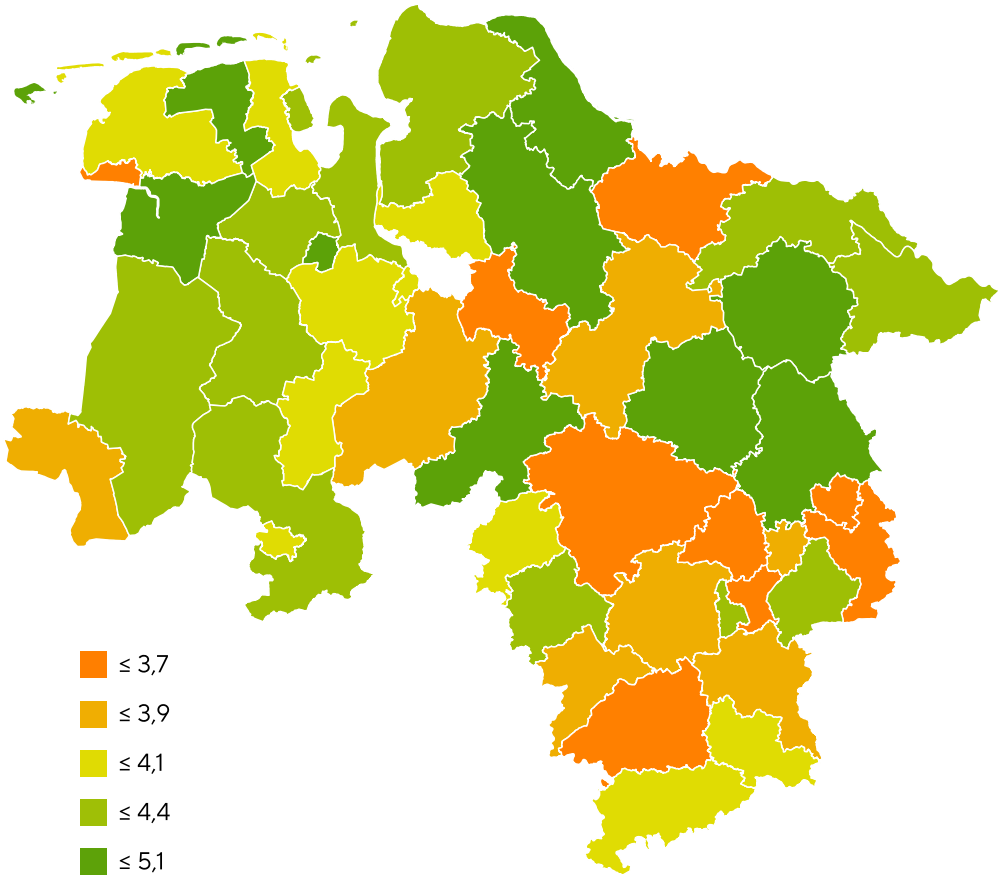
Kommunen als aktive Partner im Fachkräftemarkt stärken
Die kommunale Ebene entscheidet über Wohnraum, Kinderbetreuung, Verwaltung und Standortmarketing. Sie ist damit ein zentraler Partner für die Fachkräftesicherung. Nur wenn Kommunen diese Verantwortung aktiv wahrnehmen und Netzwerke gezielt nutzen, kann Niedersachsen im Wettbewerb um Talente bestehen.

2 Duale Ausbildung stärken

Die duale Ausbildung ist eine tragende Säule der Fachkräftesicherung und sorgt für leistungsfähige Kommunen und eine dynamische Wirtschaft in Niedersachsen. Jetzt braucht sie Rückenwind: Berufsschulen müssen modern ausgestattet sein, junge Menschen benötigen eine gute Berufsorientierung mit Regionalbezug, bezahlbaren Wohnraum, verlässliche Mobilität und eine Kultur des lebenslangen Lernens vor Ort.

Nur wenn junge Menschen gute Bedingungen vorfinden, können Betriebe Nachwuchs sichern, Kommunen zukunftsfähig bleiben und Perspektiven für alle Generationen entstehen. Unser Appell an die Kommunalpolitik: Sorgen Sie dafür, dass Ausbildung in Ihrer Region attraktiv bleibt!

Ausbildungsquote 2025 (Anteil Auszubildende an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Wie es ist

Die duale Ausbildung ist ein Erfolgsmodell, doch vielerorts bröckelt es. Unternehmen bilden engagiert aus, doch sie und ihre Auszubildenden stoßen zunehmend an Grenzen, die vor allem durch kommunalpolitische Entscheidungen beeinflusst werden können.

Berufsschulen verlieren den Anschluss
Berufsschulen bilden das Rückgrat der dualen Ausbildung. Doch veraltete Gebäude, fehlende Lehrkräfte und mangelhafte IT-Ausstattung schwächen ihre Attraktivität und Leistungsfähigkeit. Viele Schulen sind sanierungsbedürftig, Fachräume nicht mehr zeitgemäß, digitale Technik und Betreuung fehlen. So verlieren Berufsschulen den Anschluss – und mit ihnen die duale Ausbildung an Strahlkraft gegenüber Gymnasien und Hochschulen.

Berufsorientierung bleibt unsystematisch
Der Weg in die Ausbildung beginnt lange vor dem Vertragsabschluss. Doch die Berufsorientierung an Schulen ist oft unsystematisch, unverbindlich und hängt von engagierten Einzelpersonen ab. Lehrkräfte haben weder die Zeit noch die Einblicke, um Schülern eine moderne, differenzierte Orientierung zu bieten. Viele Jugendliche und ihre Eltern kennen die duale Ausbildung kaum und unterschätzen ihre Karrierechancen. Elternarbeit bleibt oft unkoordiniert, regionale Angebote erreichen nicht alle. Ohne realistische Einblicke in Berufe treffen Jugendliche falsche Entscheidungen – mit Abbrüchen als Folge.

Träge Abstimmungsprozesse – fehlendes Regionalmanagement
Nach dem Niedersächsischen Schulgesetz legen die Schulträger das Bildungsangebot der Berufsschulen fest. Die Schulbehörde berät, berücksichtigt die Interessen von Schulen, Betrieben und Jugendlichen und stimmt organisatorische Maßnahmen ab. Doch in der Praxis laufen diese Prozesse oft schleppend. Kooperationen scheitern, Fachklassen kommen nicht zustande, Ressourcen werden verschwendet. Ein strategisches Regionalmanagement, das alle Akteure einbindet, fehlt vielerorts.

Lange Wege und Wohnraummangel bremsen aus
Wer eine Ausbildung beginnen will, stößt oft auf Hindernisse. Bezahlbarer Wohnraum ist knapp, lange und teure Wege zu Berufsschulen und Betrieben schrecken ab. Besonders im ländlichen Raum bleiben Ausbildungsplätze unbesetzt, weil Jugendliche sich für andere Bildungswege entscheiden. So verlieren Regionen die Fachkräfte von morgen und die duale Ausbildung wird unattraktiver.

Integration und Weiterbildung hinken hinterher
Sprachangebote für Migrantinnen und Migranten lassen sich oft nur schwer und langsam umsetzen, was ihre Integration in Ausbildung und Arbeitsmarkt verzögert. Gleichzeitig stellt die Digitalisierung – etwa durch den Einsatz von KI – neue Anforderungen an alle Beschäftigten. Ohne lokale Strukturen und koordinierte Weiterbildungsangebote drohen Jugendliche und Fachkräfte den Anschluss zu verlieren.

Fazit: Die Folgen sind gravierend: Ausbildungsplätze bleiben unbesetzt, junge Menschen ziehen ein Studium oder Gelegenheitsjobs vor und wandern in andere Regionen ab. Damit verliert die duale Ausbildung an Attraktivität, Kommunen und regionale Betriebe verlieren Zukunftsperspektiven.

Was zu tun ist

Berufsbildende Schulen modernisieren und stärken
Die duale Ausbildung braucht ein klares Signal: Berufsbildende Schulen müssen modern und attraktiv sein. Das bedeutet: wohnortnahe Angebote, barrierefreie Infrastruktur, moderne Fachräume und dauerhafte IT-Administrationsstellen. Nur wenn Berufsschulen personell, baulich und digital stark aufgestellt sind, kann die duale Ausbildung ihre volle Attraktivität entfalten. Schulen und Betriebe müssen zudem digital enger zusammenarbeiten.

Berufsorientierung verbindlich gestalten
Eine systematische Berufsorientierung ist der Schlüssel, um Jugendliche passgenau in die Ausbildung zu führen. Sie muss in allen Schulformen, auch Gymnasien, verbindlich mit Mindeststandards verankert werden. Dazu gehören verpflichtende Praxisphasen, aktive Elternarbeit und ein Monitoring der Bildungs- und Berufsverläufe. Kommunen können hier entscheidende Impulse setzen: etwa durch Praktikumswochen, Ausbildungsmessen und Aktionen, die Jugendlichen reale Einblicke in Berufsbilder ermöglichen und Eltern die Chancen der dualen Ausbildung näherbringen. Gut ausgestattete Jugendberufsagenturen können dabei als Bindeglied zwischen Jugendlichen, Betrieben und Schulen wirken und Lehrerinnen und Lehrer gezielt unterstützen.

Regionalmanagement professionalisieren
Ein wirksames Regionalmanagement muss über Klassengrößen und Budgets hinausgehen. Es soll sicherstellen, dass Ausbildungsangebote wohnort- und betriebsnah sind und den Bedarf der Betriebe treffen. Dazu gehört, dass alle relevanten Partner – Kammern, Innungen, Betriebe und Sozialpartner – frühzeitig und systematisch in die Planungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Kommunen können diesen Prozess aktiv unterstützen, indem sie regionale Netzwerke stärken, landkreisübergreifend denken und für Transparenz in Bezug auf Kooperationsmöglichkeiten sorgen. So wird die duale Ausbildung attraktiver und Doppelstrukturen werden vermieden.

Wohnen und Mobilität sichern
Wer arbeitet, muss auch wohnen können – und wer eine Ausbildung macht, muss zuverlässig zur Schule und zum Betrieb kommen. Kommunalpolitik kann hier entscheidend gestalten, etwa indem sie die Rahmenbedingungen für die Entstehung bezahlbaren Wohnraums verbessert, flexible Wohnangebote für Auszubildende unterstützt sowie für ein attraktives und verlässliches Nahverkehrsangebot mit bezahlbaren ÖPNV-Angeboten für Auszubildende sorgt. So wird Ausbildung vor Ort realistisch, machbar und attraktiv.

Weiterbildungskultur etablieren
Kommunen und lokale Bildungspartner müssen gemeinsam handeln, um Weiterbildung und Sprachförderung wirksam zu machen. Dazu gehören enge Abstimmungen zwischen Schulen, Betrieben, Volkshochschulen, Kammern und weiteren Bildungsträgern sowie die Bereitschaft, neue Formate zu erproben. Nur mit gut koordinierten, lokal verankerten Angeboten können Migranten schnell integriert und alle Beschäftigten bei der Transformation durch Digitalisierung und KI unterstützt werden.

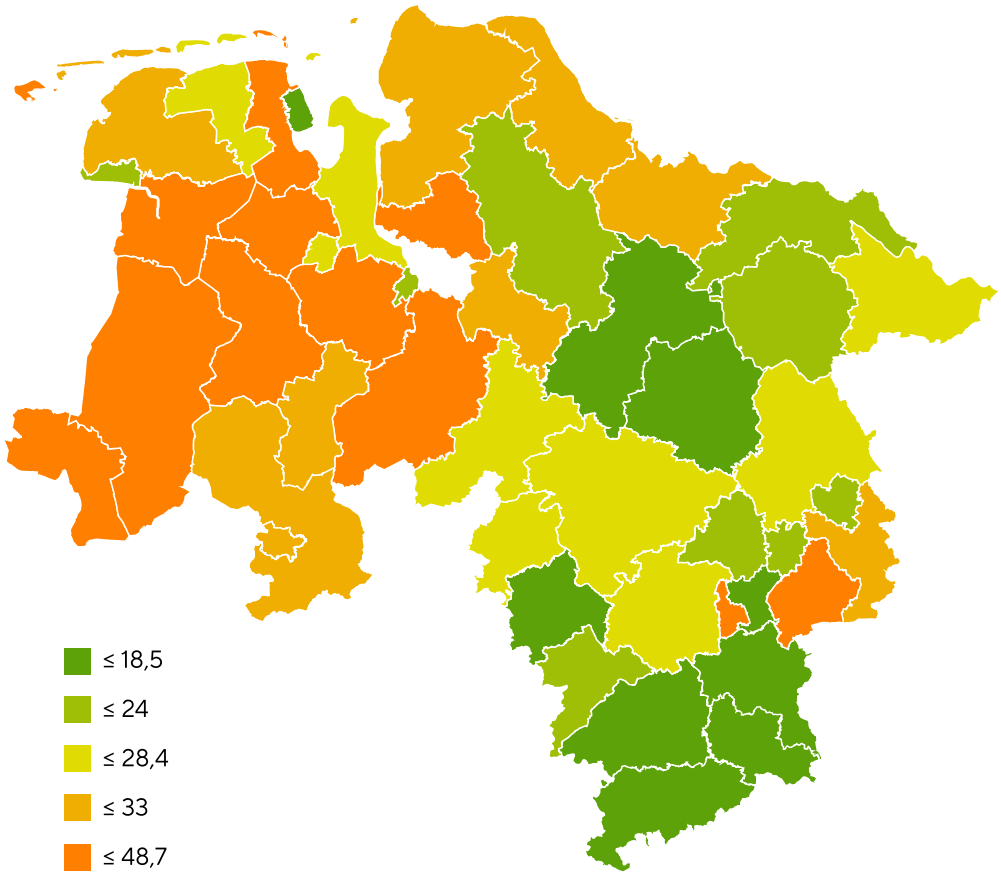
3 Bürokratie wirksam abbauen, Verwaltung modernisieren

In nahezu allen Unternehmensbefragungen zählt die überbordende Bürokratie zu den größten Hemmnissen für wirtschaftliches Handeln – häufig steht sie sogar an erster Stelle. Formale Hürden, langwierige Verwaltungsverfahren und eine unzureichend digitalisierte Verwaltung bremsen die Wirtschaft aus und gefährden die Effizienz des Standorts Niedersachsen.

Gleichzeitig prägt die Digitalisierung längst alle Lebens- und Arbeitsbereiche. Sie ist ein zentraler Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Wirtschaft, weil sie Prozesse vereinfacht, Innovationen ermöglicht und neue Geschäftsmodelle hervorbringt. Besonders an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Verwaltung entscheidet eine moderne, nutzerorientierte Digitalisierung über Effizienz und Servicequalität. Doch genau hier bestehen auf Landes- und Kommunalebene weiterhin erhebliche Defizite.

Nur eine deutliche Reduzierung und Vereinfachung von Rechtsvorschriften, kombiniert mit einer konsequenten und flächendeckend einheitlichen Digitalisierung der Verwaltungsprozesse, wird den Unternehmen den Freiraum verschaffen, den eine zukunftsfähige und wettbewerbsstarke Wirtschaft benötigt.

Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im öffentlichen Sektor 2015-2025



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Wie es ist

Die Flut der Vorschriften steigt und steigt
Die Zahl der Vorschriften, die Unternehmen ebenso wie Kommunalbehörden im Alltag zu beachten haben, steigt stetig an. Mit jedem neuen Gesetz, sei es auf EU-, Bundes- oder Landesebene, entsteht für die Wirtschaft neuer Aufwand, der finanziert und personell abgebildet werden muss. Gleichzeitig bleiben die alten Pflichten bestehen und sind weiter zu beachten. Zusätzliche Belastungen entstehen dort, wo Kommunen eigene, über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehende Regelungen einführen – etwa bei Bauvorschriften oder Berichtspflichten. Solche Alleingänge erhöhen die Kosten für Unternehmen und erschweren einheitliche Prozesse. Das Ergebnis ist ein unkontrolliert wachsendes Korsett an Pflichten und Aufwendungen, die für die Wirtschaft bundesweit mit jährlichen Kosten im zwei- bis dreistelligen Milliardenbereich zu Buche schlagen.

Planungs- und Genehmigungsverfahren dauern zu lange
Langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren blockieren häufig unternehmerische Projekte, z. B. hervorgerufen durch überzogene Brandschutzvorgaben bei Baumaßnahmen. Das Problem ist zum einen die überbordende Flut von Rechtsvorschriften, zum anderen aber auch eine oftmals zu zögerliche Wahrnehmung von Ermessensspielräumen der zuständigen Behörden. Im Ergebnis führt all dies dazu, dass die Entwicklung Niedersachsens an vielen Stellen ins Stocken gerät.

Mangelnde Digitalisierung der Verwaltung entwickelt sich zum Fortschrittshindernis
Eine leistungsfähige und serviceorientierte Verwaltung ist im globalen Wettbewerb ein wesentlicher Standortfaktor. Hierzu zählen insbesondere zeitgemäße, digitale Prozesse. Die Potenziale zur Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung werden jedoch bei Weitem noch nicht ausgeschöpft und stehen mittlerweile im Kontrast zur fortschreitenden Digitalisierung von Unternehmensprozessen. Nach Ergebnissen der DIHK-Digitalisierungsumfrage sind fast 80 Prozent der niedersächsischen Unternehmen mit dem Stand der Verwaltungsdigitalisierung unzufrieden. Viele Antrags- und Genehmigungsprozesse laufen weiterhin analog, was zu Medienbrüchen, Mehraufwand und höheren Kosten führt. Gerade auf kommunaler Ebene fehlen oft flächendeckende, nutzerfreundliche und standardisierte digitale Lösungen, die über unterschiedliche kommunale IT-Systeme hinweg einheitlich funktionieren.

Umfassendes Bürokratie-Monitoring fehlt
Derzeit werden die landesrechtlichen Bürokratielasten weder systematisch erfasst noch regelmäßig überprüft und abgebaut – zum Nachteil sowohl der Unternehmen als auch der Kommunalverwaltungen. Ein Vergleich der Belastungen zwischen den Bundesländern oder innerhalb Niedersachsens ist daher nicht möglich. Dadurch fehlt den Kommunalbehörden die Grundlage, um gezielt zu erkennen, in welchen Bereichen durch geeignete Verwaltungsmaßnahmen Bürokratiekosten verringert werden können.

Was zu tun ist

„One in – two out" konsequent umsetzen
Um eine spürbare Reduzierung des bürokratischen Aufwands zu erreichen, muss künftig konsequent das Prinzip „One in – two out" gelten. Das bedeutet: Für jede neue Vorschrift, die Aufwand für die Wirtschaft verursacht, müssen zwei bestehende Vorschriften entfallen. Das gilt nicht nur auf Bundes- und Landesebene, sondern auch für den kommunalen Bereich: Landkreise und Gemeinden erlassen zahlreiche Satzungen und Verordnungen, deren Notwendigkeit regelmäßig überprüft werden muss.

Planungs- und Genehmigungsverfahren straffen
Verwaltungsverfahren müssen zügig und unternehmensorientiert abgewickelt werden. Dazu braucht es vereinfachte Verfahrensvorschriften und ausreichend Spielräume für die Behörden. Auch das Selbstverständnis der Kommunalbehörden gehört auf den Prüfstand: Sie sollten sich nicht nur als Überwacher, sondern auch als Dienstleister und Partner der Wirtschaft verstehen. Fachliche Zuständigkeiten und örtliche Nähe zu den Unternehmen sollten vor Ort erhalten bleiben, wenn Effizienz und Servicequalität sichergestellt sind. Zentralisierungen sollten nur dann erfolgen, wenn der Nutzen klar überwiegt.

Verwaltungsverfahren lückenlos digitalisieren
Verwaltungsverfahren müssen vollständig digital ablaufen, um Medienbrüche und damit erhöhte Kosten auf Unternehmensseite zu vermeiden. Antrags-, Genehmigungs- und Zulassungsverfahren sind auf digitale Verfahren umzustellen und zu beschleunigen. Unternehmensbezogene Verfahren sollten nach dem Leitbild des „One-Stop-Shops" in einem Digitalportal gebündelt werden. Datenschutz und IT-Sicherheit müssen dabei von Anfang an mitgedacht werden. Kommunen sollten gezielt in Personal und Technik investieren, um Cyberangriffen vorzubeugen.

Zwei Themenfelder sind dabei zentral:
1. Klare Zuständigkeiten und Bündelung der Kompetenzen
Die derzeitige Verteilung digitalpolitischer Zuständigkeiten in Niedersachsen gleicht einem Flickenteppich. Ob digitale Wirtschaft, Verwaltungsdigitalisierung, IT-Beschaffung oder Forschungsprojekte – die Verantwortlichkeiten sind zersplittert. Die Landesregierung sollte Zuständigkeiten im Bereich Digitalisierung bündeln und klare Schnittstellen zu den Kommunen schaffen. Kommunen brauchen verlässliche Ansprechpartner und einheitliche Standards, um eigene Digitalisierungsprojekte effizient umzusetzen.
2. Stärkung der kommunalen Digitalisierung – „Once Only" als Basisgedanke
Die größten Potenziale liegen auf kommunaler Ebene. Hier braucht es dringend Unterstützung durch das Land – sowohl finanziell als auch strukturell. Bund und Landesregierung sollten gemeinsam mit den Kommunen dafür sorgen, dass einheitliche Plattformen und Anwendungen entwickelt und betrieben werden. Ziel muss ein durchgängiges digitales Nutzererlebnis für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen sein – unabhängig vom Wohnort. Das „Once Only"-Prinzip muss über alle Ebenen hinweg gelten.

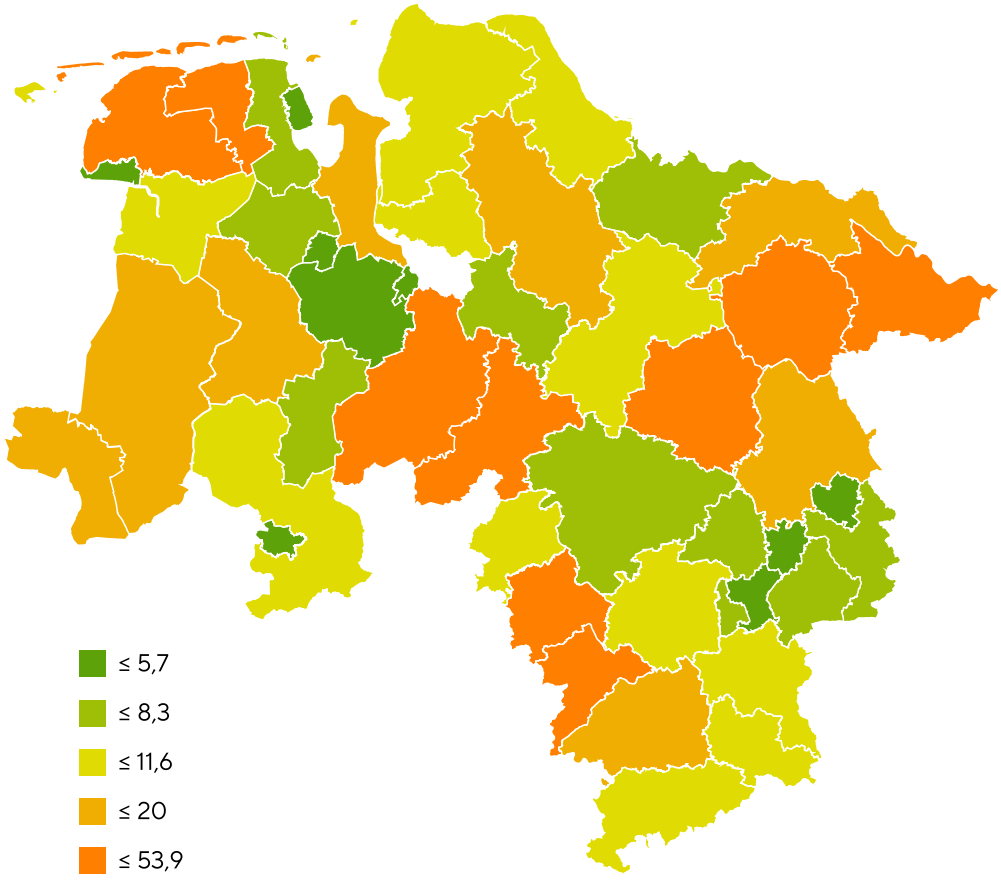
Bürokratiekosten-Monitoring einführen
Notwendig ist ein regelmäßiges Monitoring der Bürokratiekosten. Nur wenn bekannt ist, wie hoch diese Belastungen sind und wo sie entstehen, können Kommunalbehörden gezielt gegensteuern. So lässt sich Bürokratieabbau messbar machen und dauerhaft in der Verwaltungspraxis verankern.

4 Verkehrsinfrastruktur modernisieren und Mobilität sichern

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist die Grundlage für Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Lebensqualität. Niedersachsen ist als Logistikdrehscheibe auf ein funktionierendes Netz aus Straßen, Schienen, Wasserwegen und modernen Verkehrssteuerungssystemen angewiesen. Doch Engpässe, Sanierungsstaus und überlastete Brücken bremsen den Wirtschaftsverkehr aus. Der Investitionsrückstand gefährdet die Funktionsfähigkeit des Verkehrsnetzes und stellt Kommunen vor erhebliche Herausforderungen: Einerseits hängt die Standortattraktivität von einer modernen Infrastruktur ab, andererseits sind Planung, Sanierung und Neubau mit hohen Kosten verbunden.

Zugleich steigen die Anforderungen an Klimaschutz und Luftqualität. Kommunen müssen intelligente Lösungen entwickeln, die Mobilität sichern und zugleich CO_2-Emissionen reduzieren – etwa durch die bessere Vernetzung von Individual-, Güter- und öffentlichem Verkehr. Nur wenn Wirtschaftlichkeit, Erreichbarkeit und Nachhaltigkeit zusammengedacht werden, kann Niedersachsen als attraktiver Wirtschaftsstandort bestehen.

Erreichbarkeit von Autobahnen
(Durchschn. Pkw-Fahrzeit zur nächsten BAB-Anschlussstelle in Min.)



Quelle: Laufende Raumbeobachtung des BBSR

Wie es ist

Mobilität bleibt eine zentrale Herausforderung
Die Mobilität von Menschen und Gütern bleibt für Niedersachsen eine der zentralen Herausforderungen zur Sicherung von Wirtschaftskraft und Lebensqualität. Eine moderne, leistungsfähige Infrastruktur ist dabei unerlässlich – ob für Pkw, Lkw, Bahn, Schiff, Rad oder Fußgänger. Trotz Investitionen steht Niedersachsen weiterhin vor einem erheblichen Sanierungsstau, der sich in maroden Straßen, Schlaglöchern und vor allem dringend sanierungsbedürftigen Brücken zeigt. Der lange Investitionsrückstand gefährdet die Funktionsfähigkeit und Sicherheit des niedersächsischen Verkehrsnetzes.

Investitions- und Personalmangel verzögern Projekte
Begrenzte finanzielle Spielräume in Niedersachsen und Personalmangel in den Planungs- und Bauämtern sind die Hauptursachen dafür, dass sich notwendige Sanierungen und Ersatzbauten immer weiter verzögern. Ohne bessere personelle und finanzielle Ausstattung und politischen Willen geraten auch die Entwicklung neuer Gewerbegebiete und die nachhaltige Stärkung des Wirtschaftsstandorts Niedersachsen ins Stocken.

Verkehrslenkende Maßnahmen schaffen Zielkonflikte
Verkehrslenkende Maßnahmen wie Durchfahrtsbeschränkungen für den gewerblichen Verkehr, Tempolimits und Umweltzonen tragen zu einer Verbesserung von Klima und Lebensqualität bei, erzeugen aber zugleich einen spürbaren Wettbewerbsdruck für den regionalen Transport- und Wirtschaftsverkehr. Niedersachsen braucht eine intelligente Verkehrsstrategie, die ökologische Ziele mit einer leistungsfähigen Infrastruktur und den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Region in Einklang bringt.

Trimodale Logistik bleibt unterentwickelt
Straßen, Schienen und Wasserwege werden bislang nicht ausreichend miteinander verknüpft. Fehlende Knotenpunkte, Umschlagplätze und leistungsfähige Zufahrten sowie unzureichend angebundene Gewerbeflächen verteuern Logistikprozesse und schwächen die Wettbewerbsfähigkeit.

Verkehrspolitik endet zu oft an kommunalen Grenzen
Stadtverkehr ist mehr als der Verkehr der Einwohner und Unternehmen innerhalb einer Kommune. In vielen Städten und Gemeinden stellen die Einpendler die Mehrheit der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an dem jeweiligen Standort dar. Auch sind die innerstädtischen Betriebe auf die zusätzliche Kaufkraft aus dem Umland angewiesen. Insofern ist es wichtig, dass die Verkehrspolitik nicht an den kommunalen Grenzen endet, sondern interkommunal entwickelt und umgesetzt wird. Dabei sind alle Verkehrsträger ebenso wie neue Mobilitätsangebote zu berücksichtigen.

Digitale Verkehrssteuerung wird zu wenig genutzt
Digitale Systeme könnten helfen, Verkehrsflüsse zu steuern und Staus zu vermeiden. Doch in vielen Kommunen fehlt es an interoperablen Lösungen, Personal und strategischer Planung. Dadurch bleiben Potenziale ungenutzt, die Mobilität sicherer und effizienter machen könnten.

Was zu tun ist

Sanierungsstau abbauen und Verfahren beschleunigen
Kommunen sollten ihre finanziellen Mittel gezielt auf die dringendsten Sanierungsmaßnahmen konzentrieren, um den Investitionsstau bei Straßen, Brücken und anderen Verkehrsinfrastrukturen zügig abzubauen. Bürokratische Hürden dürfen den Fortschritt nicht länger bremsen: Einheitliche Standards, digitale Antragsverfahren und klare Fristen können Projekte deutlich beschleunigen, während eine frühzeitige Beteiligung von Behörden und Öffentlichkeit Transparenz und Rechtssicherheit schafft. Wo sinnvoll, sollten Infrastrukturprojekte größer und gebündelt ausgeschrieben werden, um den Aufwand für Vergaben zu reduzieren und wirtschaftlich attraktive Losgrößen zu schaffen. Zugleich müssen die Planungs- und Bauverwaltungen personell und organisatorisch gestärkt werden, damit Verfahren schneller abgeschlossen und Infrastrukturprojekte verlässlich umgesetzt werden können.

Gewerbeflächen verkehrlich erschließen und Logistik stärken
Neue und bestehende Gewerbeflächen müssen mit einer leistungsfähigen Verkehrsanbindung ausgestattet sein – insbesondere zu Häfen, Autobahnen und Bahntrassen. Kommunen sollten frühzeitig mit Unternehmen, Kammern und Logistikpartnern kooperieren, um Flächen optimal zu nutzen und Engpässe zu vermeiden.

Akzeptanz und Beteiligung sichern
Große Bauvorhaben stoßen nur dann auf Zustimmung, wenn sie offen kommuniziert und frühzeitig erklärt werden. Kommunen sollten Informationsveranstaltungen, digitale Beteiligungsformen und transparente Entscheidungsprozesse nutzen, um Vertrauen zu schaffen und Akzeptanz zu erhöhen. Erfolgreiche Beispiele zeigen zudem: Wo Kommunen, Wirtschaft und Politik regional geschlossen auftreten, lassen sich große Infrastrukturvorhaben deutlich schneller voranbringen.

Verkehr intelligent und klimafreundlich planen
Im Bereich der Verkehrsplanung sind integrative und intelligente Konzepte zu entwickeln, die den Spagat zwischen Umweltschutz und wirtschaftlicher Mobilität meistern. Kommunen müssen dabei stärker auf innovative, klimafreundliche Verkehrslösungen setzen und zugleich den regionalen Logistik- und Transportbedarf berücksichtigen.

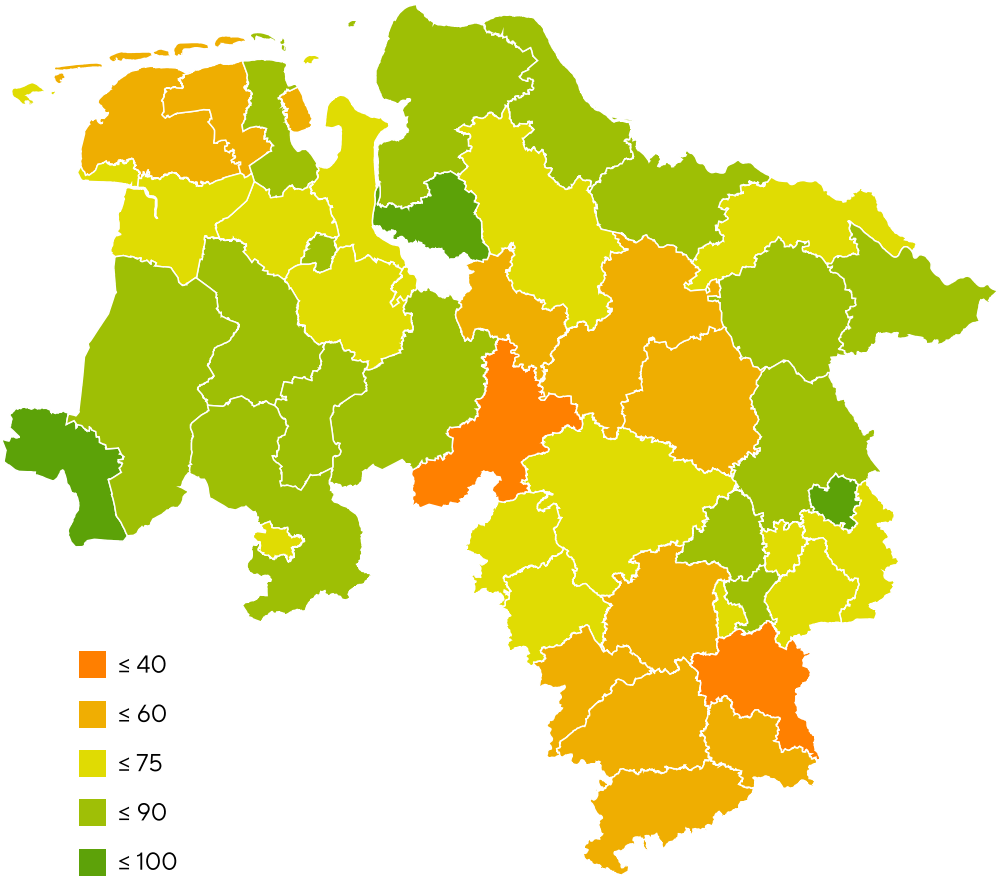
Zusammenarbeit von Kommunen mit Land und Bund stärken
Eine enge Zusammenarbeit zwischen Kommunen sowie Landes- und Bundesebene ist entscheidend, um Finanzierungs- und Personalmittel effizient zu bündeln und bürokratische Hürden abzubauen. Regionale Kooperationsstrukturen helfen, Mittel effizienter einzusetzen und den Pendlerverkehr besser zu organisieren. Bei Planung und Sanierung von Straßen, Brücken, Schienen und Häfen sind die Anforderungen der Bundeswehr und der Gesamtverteidigung mitzudenken – etwa bei Schwerlaststrecken und strategisch wichtigen Knotenpunkten. Nur mit klaren Prioritäten und gebündelten Ressourcen kann Niedersachsen seine Mobilität zukunftsfähig aufstellen und die Lebensqualität nachhaltig verbessern.

5 Infrastruktur für Kommunikation und Energie zukunftsfähig gestalten

Eine zukunftsfähige Energie- und Digitalinfrastruktur ist das Rückgrat einer modernen Wirtschaft. Unternehmen benötigen stabile Strom- und Datennetze, um Prozesse zu digitalisieren, energieeffizient zu produzieren und wettbewerbsfähig zu bleiben. Während der Ausbau und Betrieb von Energie- und Telekommunikationsnetzen überwiegend durch private Unternehmen erfolgt, liegt es in der Verantwortung von Bund, Land und Kommunen, verlässliche Rahmenbedingungen, effiziente Genehmigungen und eine hohe Akzeptanz vor Ort sicherzustellen Gerade in Niedersachsen als Industrie- und Logistikstandort entscheidet die Leistungsfähigkeit der Netze über Innovationskraft und Standortattraktivität.

Doch Engpässe bei Strom- und Breitbandleitungen, unzureichende Koordination beim Netzausbau und fehlende Akzeptanz bremsen die Modernisierung. Kommunen stehen dabei vor doppelten Herausforderungen: Sie müssen zugleich Planungs-, Genehmigungs- und Kommunikationsprozesse managen und selbst in digitale Verwaltungsstrukturen investieren. Ziel muss eine flächendeckend moderne, verlässliche und nachhaltige Infrastruktur sein – für Energie ebenso wie für Daten.

Breitbandversorgung
(FTTB/H (≥ 1000 Mbit/s), Verfügbarkeit in Prozent der Privathaushalte)



Quelle: Bundesnetzagentur (Gigabit-Grundbuch), Stand: Juni 2025

Wie es ist

Breitbandausbau weist weiterhin Lücken auf
Eine zukunftsfähige digitale Infrastruktur aus Gigabitnetzen und leistungsfähigem Mobilfunk ist Voraussetzung für Innovation, Wachstum und Beschäftigung. Unternehmen investieren an Standorten, die ihnen gute Bedingungen bieten. Niedersachsen ist beim Breitbandausbau in den letzten Jahren spürbar vorangekommen. Nach Realisierung der derzeit laufenden Förderprojekte und des eigenwirtschaftlichen Ausbaus werden laut Breitbandzentrum Niedersachsen-Bremen 90,4 Prozent aller Gebäude in Niedersachsen mit einem Gigabitanschluss versehen und 83 Prozent per Fibre-to-the-Building (FTTB) an ein Glasfasernetz angebunden sein.

Mobilfunknetz zeigt Verdichtungspotenzial
Für den weiteren Ausbau des Mobilfunknetzes hatte die vorherige Landesregierung ein eigens auf den Ausbau von Mobilfunkmasten ausgerichtetes Förderprogramm entworfen, das von den Kommunen umgesetzt werden sollte. Darüber hinaus hatte das Land eine Bestandserfassung landeseigener Liegenschaften angestoßen und die Kommunen nach geeigneten Standorten gefragt. Kommunen konnten zudem öffentliche WLAN-Hotspots in Innenstädten oder in Fahrzeugen des ÖPNV fördern lassen, um die Attraktivität von Innenstädten und Sehenswürdigkeiten zu stärken. Ein Großteil dieser Förderungen ist mittlerweile ersatzlos ausgelaufen.

Kommunale Kapazitätsgrenzen und Förderkomplexität belasten
Viele Städte und Gemeinden engagieren sich über regionale Breitbandgesellschaften oder Kooperationen mit Netzbetreibern, doch Ausschreibungen, Förderanträge und Mitverlegungsprojekte binden erhebliche Verwaltungskapazitäten. Kleine Verwaltungen sind personell oft überfordert, was sowohl den Netzausbau als auch digitale Verwaltungsprojekte verlangsamt.

Netzausbau für Energie hinkt hinterher und gefährdet Transformation
Die deutschen und europäischen Klimaziele sind nur zu erreichen, wenn fossile Energieträger durch erneuerbare Energien ersetzt werden. Aufgrund der geringen Gestehungskosten von Strom aus Wind und Sonne ist dies in langfristiger Betrachtung auch wirtschaftlich sinnvoll. Damit eine solche Transformation gelingen kann, müssen industrielle Prozesse, Wärmegewinnung und Mobilität elektrifiziert werden. Hier ist der zu langsame Netzausbau ein wesentlicher Flaschenhals. Im IHK-Energiewendebarometer gaben 71 % der befragten niedersächsischen Unternehmen an, dass Engpässe bei den Übertragungs- und Verteilnetzen ein zunehmendes Problem seien. Zusätzlich fehlen vielfach Netz- und Speicherkapazitäten sowie zuverlässige Anlagen für Dunkelflauten; die Frage der Anbindung an künftige Wasserstoffnetze bleibt vielfach offen. Dies bremst die Modernisierung von Prozessen aus und kann zu erheblichen Mehrkosten führen, etwa dann, wenn Unternehmen zusätzliche Emissionszertifikate kaufen müssen.

Planungs-, Genehmigungs- und Akzeptanzprobleme verzögern Projekte
Langwierige Genehmigungsverfahren, uneinheitliche Zuständigkeiten und lokale Widerstände gegen Trassen oder Umspannwerke führen zu Verzögerungen und Zusatzkosten. Fehlende Transparenz und unzureichende frühzeitige Kommunikation schüren Vorbehalte in der Bevölkerung.

Was zu tun ist

„Graue Flecken"-Ausbau vollenden
Mit dem wachsenden Anteil ausgebauter Bereiche haben Bund und Land ihre Förderung des Breitbandausbaus zurückgefahren. Dennoch bestehen weiterhin Lücken, die nur mit gefördertem Ausbau oder alternativer Technik geschlossen werden können. Viele Kommunen befinden sich noch mitten im Ausbau der „Grauen Flecken", die vor allem die suburbanen Regionen betreffen. Die Kommunen sollten diese Projekte nun zügig finalisieren, um die letzten Versorgungslücken zu schließen und eine flächendeckend leistungsfähige digitale Infrastruktur sicherzustellen.

Mobilfunkausbau politisch flankieren und Flächen bereitstellen
Neben Gigabitnetzen muss auch eine flächendeckende, leistungsfähige 5G-Versorgung gesichert werden – an Bundesfernstraßen, in Gewerbegebieten sowie in See- und Binnenhäfen. Regionen ohne eigenwirtschaftlichen Ausbau sollten identifiziert und kommunal unterstützt werden, etwa durch Bereitstellung geeigneter Grundstücke zur Netzverdichtung. Zudem braucht es politische Rückendeckung für investierende Netzbetreiber. Kommunen sollten für eine breite gesellschaftliche Akzeptanz des Netzausbaus werben.

WLAN-Hotspots ausbauen
Kostenlose WLAN-Hotspots im öffentlichen Raum tragen zur Wirtschaftsförderung und Attraktivitätssteigerung von Innenstädten und Sehenswürdigkeiten bei. Sie erhöhen Aufenthaltsqualität und ermöglichen neue Informationsangebote. Gleiches gilt für WLAN-Zugänge an Haltestellen, Bahnhöfen und in Fahrzeugen des ÖPNV. Kommunen sollten den Aufbau solcher Hotspots priorisieren und mit eigenem Engagement vorantreiben.

Netzausbau beschleunigen und Akzeptanz fördern
Die Energieinfrastruktur muss deutlich schneller an die Anforderungen der Transformation angepasst werden. Kommunen, Land und Netzbetreiber sollten Engpässe in den Übertragungs- und Verteilnetzen gezielt abbauen und Genehmigungsverfahren für Leitungen und Umspannwerke beschleunigen. Der Ausbau des Wasserstoffnetzes sollte frühzeitig mitgeplant und die regionale Anbindung gesichert werden, um industrielle Prozesse, Wärmeversorgung und klimafreundliche Mobilität zukunftsfähig zu machen. Große Infrastruktur- und Leitungsbauprojekte dürfen nicht an fehlender Akzeptanz scheitern. Daher sind offene Kommunikation, frühzeitige Information und transparente Beteiligungsprozesse zentral.

Nachhaltige Gewerbegebiete unterstützen
Kommunen können Unternehmen bei der Bildung von Energie- und Wärmeverbünden unterstützen – etwa durch die gemeinsame Nutzung von PV, Solarthermie oder Abwärme. Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz lassen sich durch eine geteilte Infrastruktur, die gemeinsame Nutzung von Ressourcen und ein kommunales Grünflächenmanagement fördern. Auch betriebliche Mobilitätskonzepte und eine gute verkehrliche Erreichbarkeit (Radwegenetz, ÖPNV) sind wichtige Bausteine. So können effiziente oder sogar Null- Emissions-Gewerbegebiete entstehen, die von IHKs begleitet werden können. Besonders geeignet sind Knotenpunkte der neuen Energieinfrastruktur, da dort Ansiedlungen energieintensiver Unternehmen möglich sind. Dies stärkt Wertschöpfung, Beschäftigung und die gesellschaftliche Akzeptanz der Energiewende.

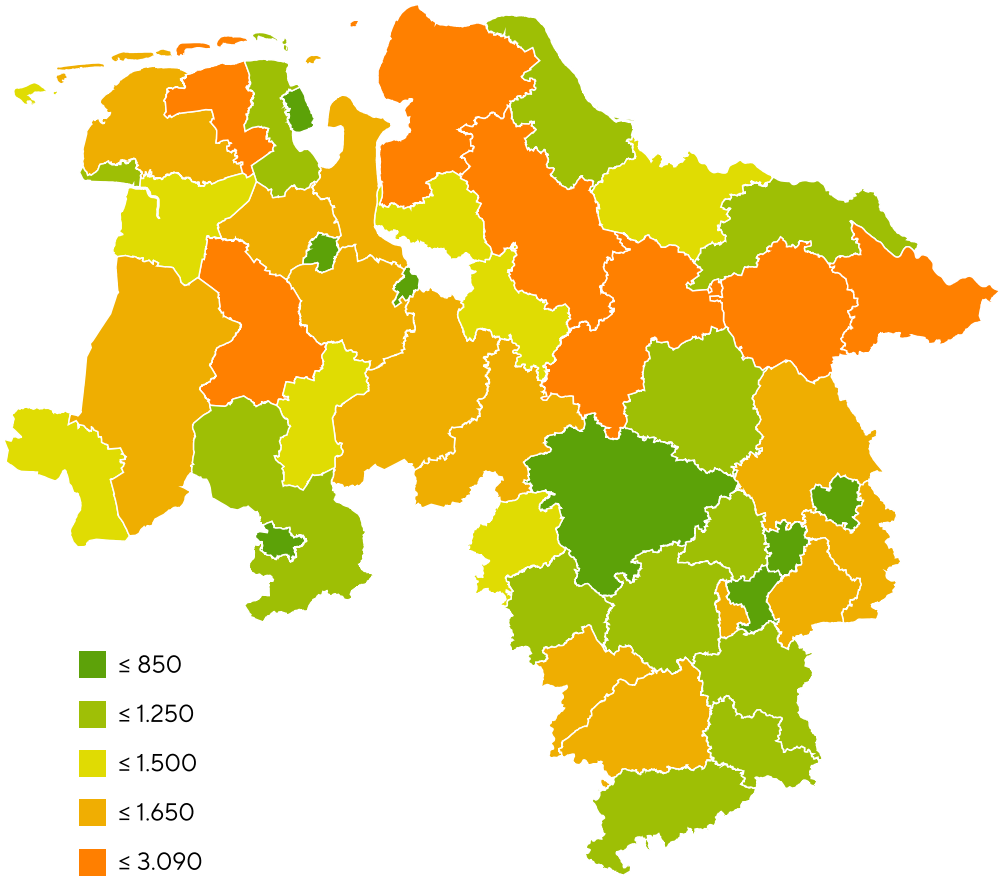
6 Sicher leben, Resilienz und Gesundheitsinfrastruktur stärken

Die aktuellen geopolitischen Spannungen, neue Bedrohungslagen und die Erfahrungen aus der Corona-Pandemie verdeutlichen: Die kommunale Daseinsvorsorge braucht eine stärkere Resilienz. Sicherheit, Gesundheit und Schutz der Bevölkerung sind zentrale Voraussetzungen für Lebensqualität – und damit auch für die Attraktivität von Regionen als Wirtschafts- und Wohnstandort.

Kommunen haben in diesem Zusammenhang eine Schlüsselrolle: Sie koordinieren Katastrophenschutz, betreiben Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen, sichern kritische Infrastrukturen und gestalten Vorsorge und Versorgung vor Ort. Auch die Vorbereitung auf Szenarien der Gesamtverteidigung gehört heute zur kommunalen Resilienz. Ziel muss es sein, die Widerstandsfähigkeit von Städten und Gemeinden gegen Krisen zu erhöhen und die Gesundheitsversorgung zukunftsfest aufzustellen.

Gleichzeitig gewinnen digitale Infrastrukturen, moderne Kommunikationssysteme und die gezielte Sicherung von Fachkräften an Bedeutung, um in Krisensituationen schnell reagieren zu können. Auch die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in Vorsorge- und Schutzmaßnahmen stärkt die regionale Resilienz und trägt zu einem sicheren Lebensumfeld bei.

Entfernung zum Hausarzt
(Einwohnergewichtete Entfernung in Meter zur nächsten Hausarztpraxis)



Quelle: Laufende Raumbeobachtung des BBSR

Wie es ist

Neue Bedrohungslagen erfordern kommunale Handlungsfähigkeit
Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, Cyberangriffe auf öffentliche Einrichtungen, Extremwetterereignisse oder Stromausfälle zeigen, dass Sicherheit kein Selbstläufer ist. Die Verwundbarkeit kommunaler Infrastrukturen ist groß. Strom, Wasser, IT, Verkehr, Gesundheitswesen – all diese Systeme sind eng miteinander verknüpft und im Krisenfall voneinander abhängig. Viele Kommunen verfügen jedoch nur über veraltete Krisen- und Katastrophenschutzkonzepte, zu wenige Notfallübungen und unzureichend ausgestattete Krisenstäbe. Die zunehmende Komplexität moderner Infrastrukturen macht umfassende Risikoanalysen und Szenarienplanung dringend erforderlich.

Fehlende Ausstattung und Schnittstellenprobleme
In zahlreichen Städten und Gemeinden fehlen Notstromaggregate, digitale Kommunikationsmittel oder klar definierte Abläufe für den Krisenfall. Zuständigkeiten zwischen Land, Landkreisen, Feuerwehren, Hilfsdiensten und kommunaler Verwaltung sind oft unklar oder überlappen sich. Das erschwert schnelles Handeln, wenn es darauf ankommt. Auch in der Zusammenarbeit mit regionalen Energieversorgern, Krankenhäusern und Betrieben der kritischen Infrastruktur bestehen häufig Abstimmungslücken. Zudem fehlt vielerorts die Ausstattung mit modernen IT-Systemen für digitale Krisenkommunikation.

Gesundheitsversorgung unter Druck
Klinikschließungen, Fachkräftemangel und steigende Betriebskosten gefährden die wohnortnahe medizinische Versorgung. Besonders in ländlichen Regionen drohen Unterversorgungen. Arztpraxen finden keine Nachfolger, Rettungsdienste sind überlastet, Pflegeheime an der Grenze ihrer Kapazität. Die Pandemie hat offengelegt, dass Versorgungsketten im Gesundheitswesen schnell an ihre Grenzen stoßen – insbesondere, wenn Personal fehlt oder Lieferketten zusammenbrechen. Die aktuelle Krankenhausstruktur steht unter Druck, und die Umsetzung der Krankenhausreform stellt zusätzliche Herausforderungen dar, bei der eine kluge Planung und Ausgestaltung auf Landesebene entscheidend ist.

Zunehmende Abhängigkeiten erhöhen die Risiken
Die Digitalisierung schafft neue Möglichkeiten, aber auch neue Verwundbarkeiten. Angriffe auf kommunale IT-Systeme oder Kliniken können innerhalb von Minuten wichtige Prozesse lahmlegen. Gleichzeitig erschweren Personalmangel und knappe Haushaltsmittel vielerorts den Aufbau belastbarer Sicherheitsstrukturen. Während Großstädte in der Regel über hauptamtliche Krisenstäbe verfügen, sind viele kleinere Kommunen auf das Engagement Ehrenamtlicher angewiesen. Digitale Systeme, Notfallplattformen und die Einbindung von Ehrenamtlichen werden so zu zentralen Faktoren für die Krisenresilienz.

Koordination und Bewusstseinsbildung bleiben unzureichend
Sicherheits- und Gesundheitsakteure arbeiten häufig nebeneinanderher. Eine systematische Koordination zwischen Feuerwehren, Rettungsdiensten, Krankenhäusern, Katastrophenschutz, Pflegeeinrichtungen und Verwaltungen findet selten statt. Ebenso fehlt es an öffentlicher Sensibilisierung: Nur wenige Bürgerinnen und Bürger wissen, wie sie sich im Krisenfall verhalten sollen oder welche Vorkehrungen sie selbst treffen können.

Was zu tun ist

Krisen- und Katastrophenschutz modernisieren
Kommunen sollten ihre Krisen- und Katastrophenschutzpläne regelmäßig aktualisieren, Notfallübungen durchführen und Krisenstäbe professionell ausbilden. Eine moderne technische Ausstattung, redundante Kommunikationssysteme und der Ausbau von Notstrom- und Wasserversorgung sind unverzichtbar. Kooperationen mit regionalen Energieversorgern, Unternehmen, der Bundeswehr und Hilfsorganisationen können helfen, kritische Infrastrukturen zu sichern. Kommunale Rechenzentren müssen besser gegen Cyberangriffe geschützt werden. Digitale Systeme zur Krisenüberwachung und Echtzeitkommunikation sollten flächendeckend implementiert werden, um schnelle Reaktionen zu ermöglichen.

Gesundheitsinfrastruktur stärken und vernetzen
Die Sicherstellung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung ist Kern kommunaler Daseinsvorsorge. Kommunen sollten regionale Gesundheitsnetzwerke fördern, in denen Krankenhäuser, Hausärzte, Pflegeeinrichtungen, Apotheken und Rettungsdienste eng zusammenarbeiten. Telemedizinische Angebote, Gesundheitszentren und mobile Versorgungsmodelle können helfen, Versorgungslücken zu schließen – insbesondere im ländlichen Raum. Eine gezielte Standortpolitik für Einrichtungen der medizinischen Versorgung, digitale Patientenakten und eine koordinierte Notfallversorgung erhöhen die Effizienz und Qualität der Versorgung.

Resilienz durch Vorsorge und Zusammenarbeit erhöhen
Sicherheit und Gesundheit gehören zusammen. Kommunen sollten ressortübergreifend arbeiten – etwa in gemeinsamen Resilienzforen oder Koordinierungsstellen, in denen Verwaltung, Wirtschaft, Feuerwehr, Polizei, Gesundheitswesen und Ehrenamt vernetzt sind. Der Aufbau regionaler Katastrophenschutzlager oder die Kooperation bei der Bevorratung wichtiger Güter (z. B. Arznei, Schutzausrüstung, Energie) erhöhen die Handlungsfähigkeit. Regelmäßige Übungen, Krisensimulationen und ein kontinuierlicher Informationsaustausch stärken die kommunale Reaktionsfähigkeit.

Prävention und Bevölkerungsschutz ausbauen
Neben der Reaktion auf Krisen muss Prävention in den Vordergrund rücken. Informationskampagnen, Frühwarnsysteme und leicht verständliche Notfallhinweise können helfen, das Bewusstsein in der Bevölkerung zu stärken. Schulen, Vereine und Unternehmen sind wichtige Multiplikatoren. Kommunen können diese Aktivitäten unterstützen und koordinieren. Digitale Frühwarnsysteme, App-basierte Benachrichtigungen und die Integration der Bevölkerung in Vorsorgemaßnahmen erhöhen die Wirksamkeit zusätzlich. Gesundheitsvorsorge und Aufklärung sollten stärker miteinander vernetzt werden, um Risiken frühzeitig zu erkennen.

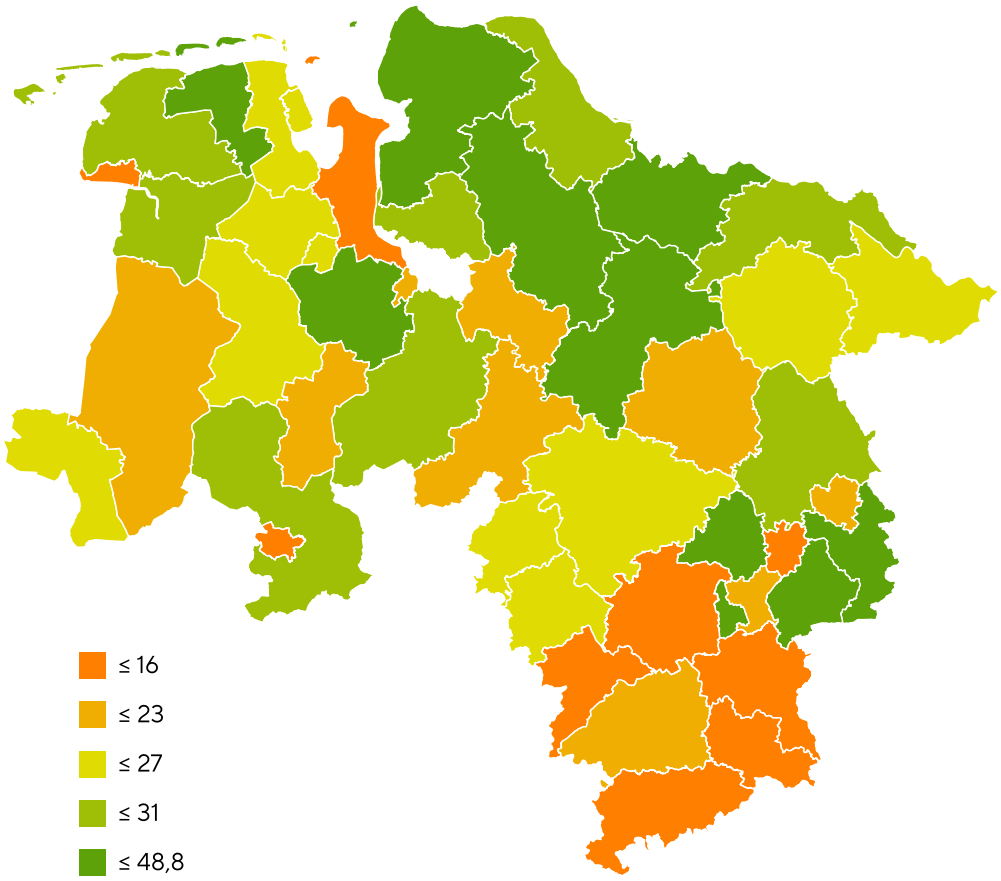
Gesundheits- und Sicherheitsvorsorge als Standortfaktor begreifen
Eine verlässliche Gesundheits- und Sicherheitsinfrastruktur ist nicht nur Daseinsvorsorge, sondern auch Wirtschaftspolitik. Fachkräfte, Familien und Unternehmen entscheiden sich für Regionen, in denen sie sich sicher fühlen und auf gute Versorgung vertrauen können. Eine kluge Umsetzung der Krankenhausreform, transparente Planung, gesicherte Finanzierung, digitale Angebote und koordinierte Präventionsmaßnahmen tragen entscheidend dazu bei, die medizinische Versorgung zukunftsfest zu machen.

7 Zentren beleben und Aufenthaltsqualität erhöhen

Lebendige Innenstädte und Ortskerne sind das Herz der Kommunen. Sie prägen Identität, Lebensqualität und Wirtschaftskraft – in großen Städten ebenso wie in ländlichen Räumen. Doch viele Zentren stehen unter Druck: Sinkende Frequenzen, Leerstände, Geschäftsaufgaben sowie Sicherheits- und Sauberkeitsdefizite bedrohen ihre Vitalität. Der Wandel im Konsumverhalten, Nachfolgeprobleme und steigende Kosten setzen Handel und Gastronomie zusätzlich zu.

Kommunen stehen damit vor der Herausforderung, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Funktionen in ihren Zentren zu sichern und gleichzeitig neue Nutzungsideen zu fördern. Entscheidend sind eine kluge Nutzungsmischung, hohe Aufenthaltsqualität und die aktive Beteiligung der Wirtschaft sowie der Bürgerinnen und Bürger an der Weiterentwicklung ihrer Innenstädte.

Einzelhandelsumsatz: Veränderung 2015 - 2025
(Entwicklung in Prozent)



Quelle: MB Research

Wie es ist

Strukturwandel schwächt Innenstädte und Ortskerne
Viele Innenstädte, Stadtteilzentren und Ortskerne in Niedersachsen verlieren seit Jahren an Frequenz und Funktion. Der stationäre Handel steht durch Onlineplattformen, Fachkräftemangel und hohe Betriebskosten stark unter Druck. Auch Gastronomie, Kultur und Dienstleistungsbetriebe kämpfen mit steigenden Energie- und Personalkosten. Leerstände prägen vielerorts das Stadtbild. Rückläufige Umsätze, Geschäftsaufgaben und Leerstände schlagen sich in sinkenden Steuereinnahmen nieder und schränken die finanziellen Spielräume der Kommunen zusätzlich ein. Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit werden vielerorts als unzureichend empfunden – ein Faktor, der Besucher wie Investoren gleichermaßen abschreckt.

Zentrenmanagement und Kooperationen fehlen häufig
In vielen Kommunen fehlt ein aktives Zentrenmanagement, das Akteure koordiniert, Projekte steuert und Leerstände bzw. gewerbliche Flächen strategisch entwickelt. Lokale Wirtschaftsakteure werden häufig zu spät eingebunden, wodurch Maßnahmen an Wirkung verlieren. Standortgemeinschaften wie Handels- und Gewerbevereine leisten wertvolle Arbeit, doch meist ehrenamtlich und häufig ohne ausreichende Wertschätzung durch Verwaltung oder Politik. Dadurch bleiben wichtige Synergiepotenziale zwischen Wirtschaft, Verwaltung und Stadtplanung ungenutzt.

Fördermittel und alternative Finanzierungen werden zu wenig genutzt
Nach Auslaufen vieler Förderprogramme fehlt es an langfristigen Finanzierungsstrategien. Die klassische Städtebauförderung ist oft zu bürokratisch und zu eng gefasst, um auf kurzfristige Veränderungen im Einzelhandel oder in der Gastronomie zu reagieren. Innovative Finanzierungsinstrumente wie Verfügungsfonds, Public-Private-Partnerships oder Business Improvement Districts (BIDs) nach dem Niedersächsischen Quartiersgesetz werden noch zu selten eingesetzt, obwohl sie die Handlungsspielräume erheblich erweitern könnten.

Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit bleiben Kernfaktoren
Die fehlende Präsenz von Ordnungskräften, mangelnde Pflege öffentlicher Räume und Verwahrlosungstendenzen beeinträchtigen das Sicherheitsgefühl. Die Einrichtung von Präventionsräten, Sicherheitspartnerschaften und Quartiersmanagements bleibt häufig auf Pilotphasen beschränkt, da es an dauerhafter Finanzierung und klarer Zuständigkeit mangelt.

Was zu tun ist

Zentrenentwicklung strategisch und vernetzt gestalten
Kommunen sollten integrierte Zentren- und Innenstadtentwicklungskonzepte aufstellen, die Handel, Gastronomie, Kultur, Dienstleistungen, Tourismus und Wohnen gleichermaßen berücksichtigen. Eine systematische Bestandsaufnahme mit Flächenmonitoring kann helfen, Leerstände frühzeitig zu erkennen und gezielt zu vermitteln. Temporäre Zwischennutzungen, Pop-up-Stores, kulturelle Formate, verkaufsoffene Sonntage oder kreative Start-up-Konzepte können Impulse setzen und neue Zielgruppen anziehen.

Aufenthaltsqualität durch Gestaltung, Ordnung und Sicherheit verbessern
Zentren müssen Orte des Wohlfühlens und der Begegnung bleiben. Neben einer ansprechenden Gestaltung des öffentlichen Raums sind Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit zentrale Voraussetzungen. Kommunen sollten stärker in Pflege, Beleuchtung und in den Rückbau von „Angsträumen" investieren und gemeinsam mit Polizei, Ordnungsdiensten und zivilgesellschaftlichen Partnern Präventionsstrategien entwickeln. Wo möglich, kann die Einbindung von Bürgerpatenschaften oder städtischen Initiativen („Innenstadtpaten") helfen, Verantwortung vor Ort zu verankern. Dazu können – im rechtlich zulässigen Rahmen – auch eine gezielte Videoüberwachung sicherheitsrelevanter Bereiche sowie engmaschige Kontrollen von Waffen- und Alkoholverbotszonen beitragen.

Lokale Akteure frühzeitig einbinden und wertschätzen
Ein enger Austausch zwischen Verwaltung, Wirtschaft, Immobilienbesitzern und Bürgerschaft ist unerlässlich. Frühzeitige Beteiligung schafft Akzeptanz und Vertrauen – besonders bei Projekten wie Verkehrsversuchen, baulicher Umgestaltung des öffentlichen Raumes oder Baustellenmanagement. Kommunen sollten regelmäßige Innenstadtforen, runde Tische oder digitale Beteiligungsplattformen etablieren. Eine stärkere öffentliche Anerkennung des Engagements von Standortgemeinschaften, etwa durch Auszeichnungen oder gemeinsame Kommunikationskampagnen, fördert Identifikation und Motivation.

Alternative Finanzierungsmodelle gezielt fördern
Verfügungsfonds, Public-Private-Partnership-Projekte, Business Improvement Districts (BDIs) oder Sponsoringmodelle können Investitionen in Gestaltung, Marketing oder Veranstaltungen erleichtern. Kommunen sollten aktiv über diese Instrumente informieren und Ansprechpartner für lokale Akteure benennen. Wettbewerbe oder Matching-Plattformen können zudem als Impulsgeber dienen. Wichtig ist, dass Förder- und Beteiligungsstrukturen langfristig angelegt und bürokratiearm ausgestaltet werden.

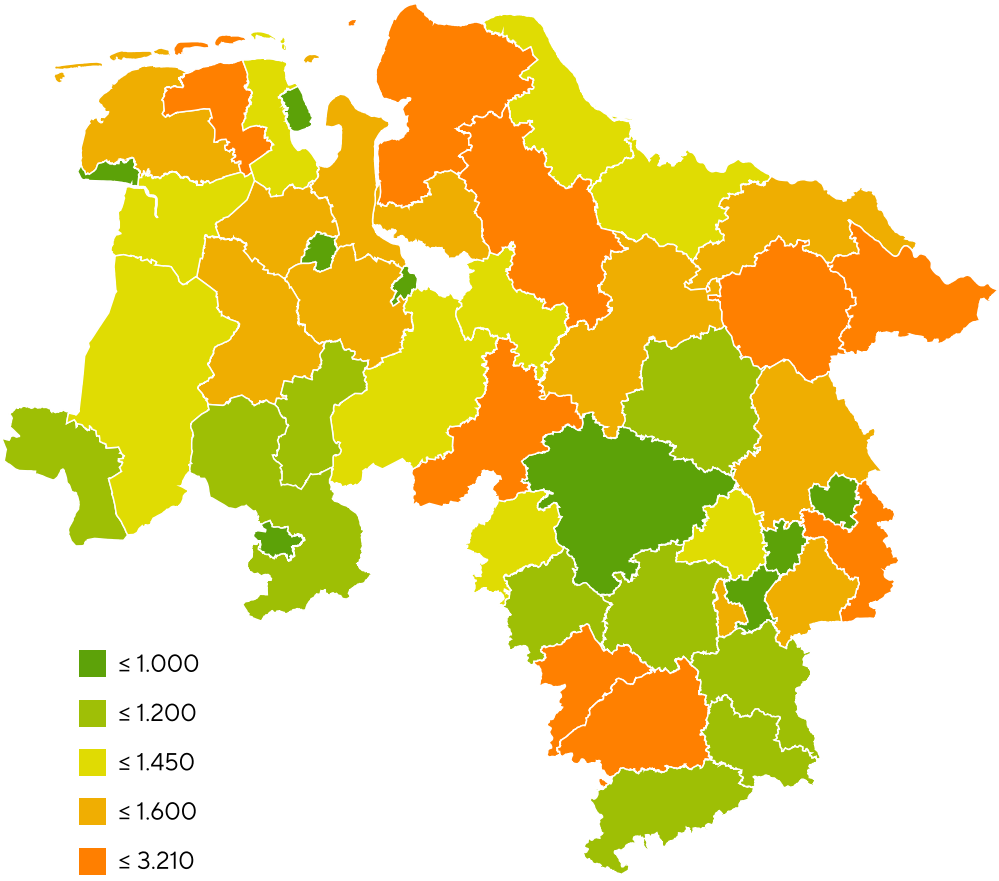
Junge Zielgruppen mit neuen Formaten ansprechen
Zentren müssen auch künftig Orte für junge Menschen sein. Veranstaltungen, Freiflächenkonzepte, WLAN-Hotspots, Co-Working-Angebote oder urbane Kulturprojekte können Attraktivität und Innovationskraft steigern. Eine moderne Stadtgestaltung mit grünen Aufenthaltszonen, digitaler Infrastruktur und vielfältigen Freizeitangeboten fördert nicht nur den Einzelhandel, sondern stärkt auch die Bindung an den Standort – insbesondere im Wettbewerb um Fachkräfte. Dazu gehören auch attraktive Angebote für Kinder und Familien – etwa Spiel- und Bewegungsbereiche oder niedrigschwellige Erlebnisformate –, die die Aufenthaltsqualität erhöhen und Zentren für alle Generationen erlebbar machen.

8 Erreichbarkeit verbessern und Nahversorgung sichern

Innenstädte, Stadtteilzentren und Ortskerne erfüllen zentrale Funktionen für Wirtschaft und Gesellschaft. Sie sind Versorgungsorte, Begegnungsräume und Identifikationspunkte für Bürgerinnen und Bürger. Ihre Zukunftsfähigkeit hängt entscheidend davon ab, wie gut sie erreichbar sind – und ob sie eine wohnortnahe Versorgung gewährleisten können. Gerade in ländlichen Regionen droht eine Abwärtsspirale aus Schließungen, Frequenzrückgängen und infrastrukturellem Rückbau.

Eine funktionierende Erreichbarkeit für Kunden, Beschäftigte, Lieferverkehre und Gäste sowie ein stabiles Nahversorgungsnetz sind daher Schlüsselfaktoren für gleichwertige Lebensverhältnisse und wirtschaftliche Stabilität in ganz Niedersachsen.

Entfernung zum nächsten Supermarkt/Discounter
(Einwohnergewichtete Entfernung zum nächsten Supermarkt/Discounter)



Quelle: Laufende Raumbeobachtung des BBSR

Wie es ist

Erreichbarkeit vielerorts eingeschränkt
In zahlreichen Kommunen werden Diskussionen über Mobilität und Verkehrspolitik emotional geführt. Häufig stehen Zielkonflikte zwischen Anwohnerinteressen, Umweltzielen, Gewerbe und Kundenanforderungen im Raum. Während in Ballungszentren der Platz knapp und der Parkraum umkämpft ist, leiden ländliche Regionen unter einem schwachen ÖPNV-Angebot und einer geringen Taktung. Für viele Unternehmen, Beschäftigte und Kunden bleibt der Pkw unverzichtbar. Gleichzeitig führen ein Mangel an Parkplätzen, komplizierte Anfahrtsregelungen oder hohe Gebühren dazu, dass Besucher andere Standorte bevorzugen.

Wirtschafts- und Lieferverkehre werden zu selten mitgedacht
Logistische Abläufe in Innenstädten werden immer komplexer. Lieferdienste, dienstleistende Betriebe und Einzelhändler benötigen flexible Zufahrtsmöglichkeiten und ausreichend Ladezonen. Häufig mangelt es jedoch an abgestimmten Konzepten zwischen Stadtplanung, Verkehrsbehörden und Wirtschaft. Baustellenmanagement, Verkehrsexperimente und Umgestaltungen erfolgen vielfach ohne frühzeitige Einbindung der betroffenen Gewerbetreibenden, was zu Akzeptanzproblemen führt.

Kommunikation zur Mobilität bleibt defizitär
Neben der realen Erreichbarkeit ist auch die wahrgenommene Erreichbarkeit entscheidend. Fehlende oder unübersichtliche Informationen über Parkmöglichkeiten, Baustellen oder ÖPNV-Verbindungen führen dazu, dass Kundinnen und Kunden Zentren meiden. Touristische Besucher erwarten klare Orientierung, digitale Leitsysteme und aktuelle Informationen – vielerorts sind diese noch nicht vorhanden.

Nahversorgung schwindet vor allem im ländlichen Raum
Supermärkte, Bäckereien, Apotheken, Post- oder Bankfilialen verschwinden zunehmend aus kleinen Orten. In vielen Dörfern ist der tägliche Einkauf nur noch mit dem Auto möglich. Demografischer Wandel, Fachkräftemangel und wirtschaftlicher Druck verschärfen die Situation. Auch Gesundheits- und Sozialdienstleistungen konzentrieren sich zunehmend auf zentrale Standorte. Dadurch drohen längere Wege, geringere Lebensqualität und Standortnachteile für die Wirtschaft, etwa bei der Fachkräftegewinnung.

Innovative Konzepte werden noch zu selten umgesetzt
Smartstores, mobile Verkaufslösungen, Dorfläden oder Wochenmärkte bieten Chancen, die Nahversorgung auch bei geringer Nachfrage aufrechtzuerhalten. Dennoch scheitern viele Ansätze an rechtlichen Hürden oder mangelnder Akzeptanz. Kommunen fehlt häufig das Know-how, um neue Geschäftsmodelle zu initiieren oder mit privaten Betreibern zu kooperieren.

Was zu tun ist

Erreichbarkeit multimodal und verlässlich gestalten
Kommunen sollten Mobilität ganzheitlich betrachten und alle Verkehrsträger bedarfsgerecht und datenbasiert einbinden. In Städten müssen Parkraumkonzepte, ÖPNV, Radverkehr, Fußwege und Logistiklösungen aufeinander abgestimmt sein und so gestaltet werden, dass alle Verkehrsteilnehmer effizient und sicher unterwegs sein können. Digitale Leitsysteme, dynamische Parkinformationen und klare Wegweisung können die Orientierung und Zufriedenheit deutlich verbessern. In ländlichen Regionen sind ergänzende Modelle wie Rufbusse, Mitfahrplattformen oder Car- und Bike-Sharing-Angebote sinnvoll. Entscheidend ist, dass die Erreichbarkeit nicht ideologisch, sondern pragmatisch organisiert wird – im Interesse von Wirtschaft, Bewohnern und Besuchern gleichermaßen.

Baustellen- und Lieferverkehr intelligent steuern
Schnelles Arbeiten und kurze Bauzeiten müssen oberste Priorität haben – denn Tempo entscheidet darüber, wie stark Betriebe, Kunden und Besucher belastet werden. Gerade in Innenstädten sollte das Baustellenmanagement deshalb zentral koordiniert und digital begleitet werden. Baustelleninformationen müssen transparent und frühzeitig kommuniziert werden, um Umsatzeinbußen für Betriebe zu vermeiden. Für Lieferverkehre sollten Kommunen flexible Regelungen und moderne Logistikkonzepte („letzte Meile", Mikrodepots) entwickeln, um Verkehre zu bündeln und gleichzeitig Emissionen zu senken.

Frühzeitige Beteiligung der Wirtschaft sicherstellen
Verkehrs- und Infrastrukturmaßnahmen sollten grundsätzlich in enger Abstimmung mit Handel, Gastronomie und Logistikunternehmen geplant werden. Runde Tische oder Innenstadtforen können helfen, Konflikte zu entschärfen und tragfähige Kompromisse zu finden. Professionelle Moderation, Kommunikationsmanagement und valide Daten erhöhen Transparenz und Akzeptanz.

Nahversorgung aktiv sichern und neue Modelle fördern
Kommunen sollten die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs strategisch absichern – etwa durch gezielte Flächenausweisungen, unterstützende Rahmenbedingungen für Dorfläden oder Kooperationen mit regionalen Anbietern. Digitale Plattformen, mobile Verkaufsstellen, Smartstores oder Wochenmärkte können helfen, Versorgungslücken zu schließen. Hierfür braucht es flexible Rahmenbedingungen und die Bereitschaft, neue Betreibermodelle zuzulassen.

Zentralörtliche Funktionen im Landesraumordnungsprogramm stärken
Das Land sollte im Rahmen des neuen Landesraumordnungsprogramms die Bedeutung der zentralen Orte als Versorgungs- und Begegnungszentren klar hervorheben. Großflächiger Einzelhandel muss so gesteuert werden, dass er die zentralen Versorgungsbereiche nicht schwächt. Ergänzende Angebote – etwa Telemedizin, Dienstleistungscluster oder Co-Working-Spaces – können die Attraktivität ländlicher Standorte zusätzlich erhöhen.

Kommunikation und Service verbessern
Die Wahrnehmung der Erreichbarkeit ist ebenso wichtig wie die tatsächliche. Kommunen sollten offensiv über Mobilitätsangebote, Parkmöglichkeiten und Baustellen informieren – online, per App und vor Ort. Eine klare, positive Kommunikation stärkt das Vertrauen der Besucher und signalisiert: Unsere Zentren sind erreichbar und lebendig.

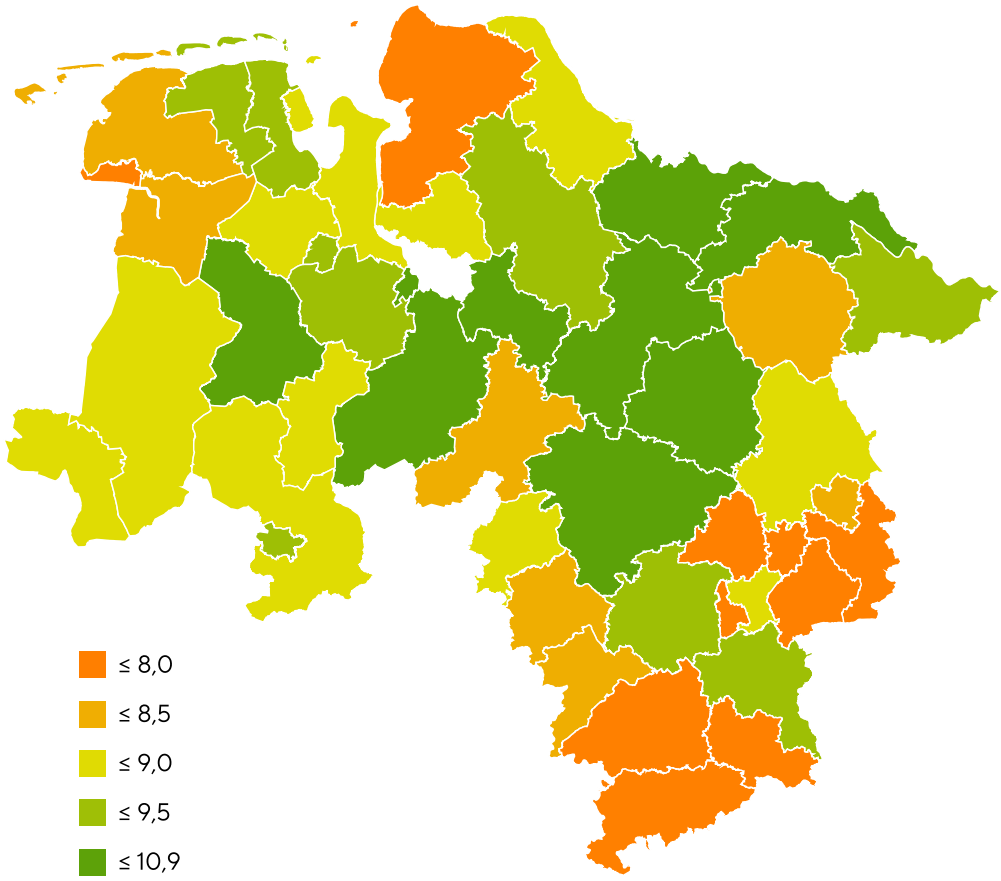
9 Unternehmertum stärken, Gründung und Innovation fördern

Unternehmertum ist der Motor wirtschaftlicher Dynamik. Unternehmen, ob gerade gegründet oder seit Jahrzehnten am Markt aktiv, bringen neue Ideen, schaffen Arbeitsplätze und sichern die Wettbewerbsfähigkeit von Kommunen. Innovation ist keine Option, sondern eine Überlebensstrategie: Forschung und Entwicklung sind keine Kostenfaktoren, sondern Basis einer erfolgreichen Unternehmensführung und Investitionen in die Zukunft.

Damit Unternehmen innovativ sein können, benötigen sie risikooffenes Kapital, die Chance, Talente zu halten, und staatliche Rahmenbedingungen, die Vertrauen schaffen und Handlungsfreiheit ermöglichen. Niedersachsens unternehmerisches Potenzial ist vorhanden – wir müssen es nur entfesseln.

Besonders wichtig ist es, Gründerinnen und Gründer zu stärken, Nachfolgen zu erleichtern und innovative Start-Ups zu fördern. Gleichzeitig bleibt die Gründungsneigung in Deutschland insgesamt niedrig. Frauen schöpfen ihr Potenzial zu selten aus, während viele Unternehmen Nachfolgerinnen und Nachfolger suchen. Kommunen können hier entscheidend unterstützen, indem sie bürokratische Hürden abbauen und ein Umfeld schaffen, in dem sowohl konventionelle Gründungen und Nachfolgen als auch innovative Start-Ups durchstarten können.

Unternehmensgründungen im Jahr 2025 je 1.000 Einwohner



Quelle: Landesamt für Statistik Niedersachsen

Wie es ist

Starke wissenschaftliche Basis, aber Innovationskraft lässt nach
Niedersachsen verfügt über exzellente Forschungseinrichtungen und eine solide wissenschaftliche Basis. Die Ausgaben für Innovation sowie für Forschung- und Entwicklung in Unternehmen liegen jedoch bei 2,74 % des BIP und damit unter dem Bundesdurchschnitt von 3,13 %.

Gleichzeitig gerät die Innovationskraft Deutschlands und damit auch Niedersachsens zunehmend unter Druck. Besonders deutlich wird dies bei den Patentanmeldungen: Während 2019 noch 67.437 Erfindungen beim Deutschen Patent- und Markenamt (DPMA) angemeldet wurden – davon 20.803 aus dem Ausland –, sank die Gesamtzahl bis 2024 auf 59.260. Die Zahl der ausländischen Anmeldungen blieb mit 19.196 weitgehend konstant, was den Rückgang vor allem bei inländischen Innovationen verdeutlicht. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in vielen Kommunen wider, in denen Unternehmen zunehmend von einer sinkenden Innovationsdynamik berichten.

Bürokratie hemmt Innovationen
Die jüngste Standortumfrage der IHK Niedersachsen zeigt, dass sich die Bewertung nahezu aller Standortfaktoren aus Sicht der Wirtschaft in den letzten Jahren verschlechtert hat. Gleichzeitig verliert Deutschland in internationalen Innovationsrankings wie dem European Innovation Scoreboard (2025), dem Global Innovation Index (2025) oder dem BDI-Innovationsindikator (2024) zunehmend den Anschluss an die Spitzennationen. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass andere Länder bürokratische Hürden reduzieren und über eine leistungsfähigere Infrastruktur verfügen, was Innovationen und Gründungen dort deutlich erleichtert.

Gründungen häufig aus der Not heraus
Die Gründungszahlen könnten sich demnächst parallel zu den wieder ansteigenden Arbeitslosenzahlen durch sogenannte „Notgründungen" erhöhen. Die Wirtschaft benötigt jedoch nicht nur eine große Zahl an Gründungen, sondern vor allem innovative und zukunftsorientierte Ideen und Geschäftsmodelle. Wachstumsorientierte Start-ups können dabei als Treiber digitaler und chancenorientierter Lösungen eine besondere Rolle spielen.

Engpässe bei Unternehmensnachfolge
Parallel dazu wächst – vor allem demografisch bedingt – die Zahl der Unternehmerinnen und Unternehmer, die ihren Betrieb abgeben möchten. Dem stehen jedoch viel zu wenige Nachfolgeinteressierte gegenüber. Diese Entwicklung wird durch Fachkräftemangel und wirtschaftliche Unsicherheiten noch verschärft. Besonders schwierig gestaltet sich die Nachfolgesuche in Branchen wie dem Hotel- und Gastgewerbe.

Gründungsstruktur verändert sich
Bei Gründungen zeichnen sich einige Trends ab: Es dominieren Nebenerwerbsgründungen. Überdurchschnittlich häufig gründen ausländische Staatsangehörige ein Unternehmen. Der Anteil weiblicher Gründerinnen ist gestiegen, bleibt aber weiterhin hinter dem der Männer zurück, da die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oft schwierig ist. Hohe Kosten, Fachkräftemangel, komplexe Regulierung und unsichere Rahmenbedingungen hemmen die Bereitschaft zum Schritt in die Selbstständigkeit.

Was zu tun ist

Verwaltung und Behörden zum Ermöglicher machen
Ein neuer Spirit in Verwaltung und Ämtern ist notwendig: Mehr ermöglichen, statt verhindern. Dazu gehören Freiheiten und Prinzipien wie Genehmigungsfiktion, frühzeitiger Maßnahmenbeginn und Beweisumkehr, die die Unternehmerinnen und Unternehmer wieder für Forschung und Innovation begeistern. Niedersachsen sollte das Reallabore-Gesetz des Bundes beherzt nutzen, Experimentierklauseln zulassen und Unternehmen verschiedene Lösungs- und Umsetzungswege eröffnen. Zur aktiven Ermöglichung gehört zudem, dass Kommunen über ein jährliches Innovations- und Gründungsbudget verfügen, das flexibel für innovative Vorhaben eingesetzt werden kann – insbesondere für die Zusammenarbeit mit Start-ups, etwa im GovTech-Bereich, durch Pilotprojekte, Testaufträge oder Venture-Clienting-Ansätze.

Wissens- und Technologietransfer aktiv fördern
Der Wissens- und Technologietransfer (WTT) in Niedersachsen wird aus EU-Mitteln gefördert, doch seit 2023 erschwert das zusätzliche KMU-Testat die Nutzung dieser Mittel. Kommunen können hier aktiv werden, indem sie den WTT aus eigenen Mitteln unterstützen, bürokratische Hürden wie das KMU-Testat abfedern und so den Austausch zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen stärken. Auf diese Weise können sie dazu beitragen, dass innovative Ideen schneller umgesetzt und regionale Innovationspotenziale besser ausgeschöpft werden.

Gründungsfreundliche Strukturen schaffen
Kommunen sollten die Gründungs-, Innovations- und Nachfolgeförderung als feste Kernaufgabe der kommunalen Wirtschaftsförderung verankern und organisatorisch klar absichern. Dazu zählen verbindliche Ansprechpersonen sowie transparente und verlässliche Prozesse, aber auch die Bereitstellung günstiger Flächen und Räume sowie die gezielte Förderung von Gründungs- und Technologiezentren. Die Leistungsfähigkeit einer Wirtschaftsförderung sollte an konkreten Ergebnissen gemessen werden – etwa an realisierten Gründungen, Kooperationen und Pilotprojekten – und nicht an der Anzahl von Konzepten, Veranstaltungen oder Marketingaktivitäten.

Netzwerke für Gründung und Nachfolge stärken
Netzwerke, die Gründerinnen und Gründer frühzeitig mit etablierten Unternehmen, Kapitalgebern und Hochschulen verbinden, sind essenziell. Kommunen können hier koordinierend wirken, eine lebendige Start-up-Kultur schaffen und die Ansprache potenzieller Unternehmensnachfolgerinnen und -nachfolger unterstützen.

Start-up-Ökosysteme strategisch nutzen und regional vernetzen
Kommunen sollten systematisch mit den Start-up-Ökosystemen der größeren Städte kooperieren, um Start-ups professionell zu betreuen, ohne in jeder Kommune eigene Strukturen aufzubauen. Ziel ist es, dass Start-ups in ihren Herkunftsregionen – insbesondere im ländlichen Raum – ansässig bleiben, während Betreuung, Vernetzung und Skalierung arbeitsteilig über leistungsfähige Ökosysteme erfolgen.

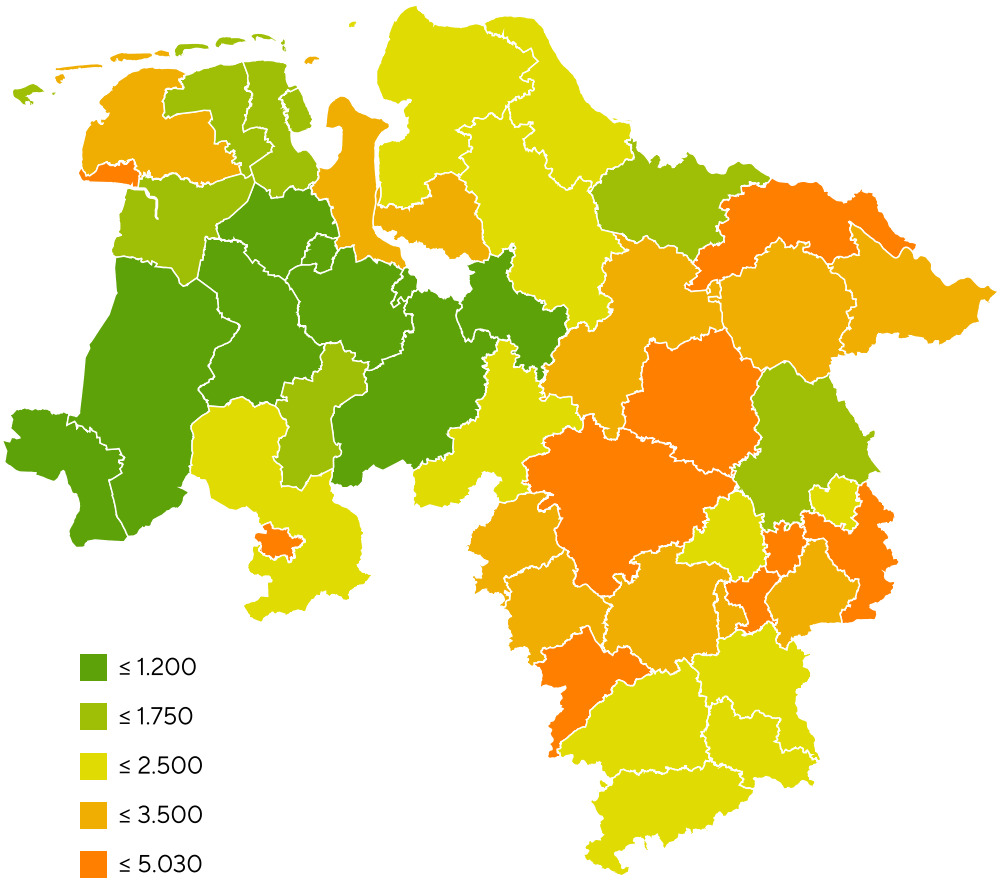
Unternehmergeist in Bildung fördern
Schulen und lokale Bildungseinrichtungen sollten verstärkt unternehmerisches Denken vermitteln und ein Klima zu schaffen, das Innovationen, Gründungen und Unternehmensnachfolgen unterstützt und damit das Unternehmertum vor Ort stärkt.

10 Kommunalfinanzen solide aufstellen und Schulden abbauen

Stabile kommunale Finanzen sind Grundvoraussetzung für Investitionen, Planungssicherheit und wirtschaftliche Entwicklung. Doch viele Städte und Gemeinden in Niedersachsen kämpfen mit strukturellen Defiziten, wachsender Verschuldung und steigenden Ausgaben. Gleichzeitig werden immer mehr Aufgaben auf die kommunale Ebene übertragen, ohne dass eine ausreichende Gegenfinanzierung erfolgt. Die finanzielle Handlungsfähigkeit vieler Kommunen ist dadurch erheblich eingeschränkt.

Eine nachhaltige Finanzpolitik muss darauf abzielen, die Haushalte zu konsolidieren, ohne die Substanz der kommunalen Infrastruktur zu gefährden. Ziel muss sein, Einnahmen und Ausgaben dauerhaft in Übereinstimmung zu bringen, wirtschaftliche Betätigung auf die Kernaufgaben der Daseinsvorsorge zu konzentrieren und interkommunale Kooperationen auszubauen. Nur finanziell stabile Kommunen können die Voraussetzungen für leistungsfähige Bildungs-, Energie- und Verkehrsinfrastrukturen schaffen und so den Wirtschaftsstandort langfristig sichern.

Schulden der Kernhaushalte im Jahr 2024 (Euro je Einwohner)



Quelle: Landesamt für Statistik Niedersachsen

Wie es ist

Kommunale Haushalte zunehmend unter Druck
Die Finanzlage der niedersächsischen Kommunen hat sich weiter verschärft. Nach Angaben des Landesrechnungshofs stieg der Gesamtschuldenstand 2024 auf über 17 Mrd. Euro – ein neuer Höchstwert. Das Finanzierungsdefizit lag bei fast 4 Mrd. Euro. Besonders problematisch ist der Anstieg kurzfristiger Liquiditätskredite, deren Zinslasten die Haushalte künftig weiter belasten. Für viele Kommunen wird der Griff zum Kredit zunehmend zum Dauerinstrument. Dabei sind die kommunalen Einnahmen in den vergangenen Jahren insgesamt gestiegen. Die Ausgaben – insbesondere im Bereich sozialer Leistungen und Personalkosten – sind jedoch noch schneller gewachsen. Der Ausbau des Sozialstaats und zusätzliche Bürokratielasten schlagen sich in steigenden Verwaltungsausgaben nieder.

Investitionsrückstand gefährdet Zukunftsfähigkeit
Der Landesrechnungshof beziffert den kommunalen Investitionsstau auf 6,8 Mrd. Euro, wovon fast 60 Prozent auf Schulen entfallen. Sanierungsbedürftige Gebäude, veraltete Ausstattung und marode Straßen sind sichtbare Folgen. Während konsumtive Ausgaben wachsen, werden Zukunftsinvestitionen oft verschoben – ein Trend, der die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Kommunen langfristig hemmt.

Unzureichende Gegenfinanzierung bei übertragenen Aufgaben
Immer mehr staatliche Aufgaben werden auf die kommunale Ebene verlagert – etwa in der Kinderbetreuung, Integration oder Inklusion. Oft fehlen dafür jedoch ausreichende Finanzmittel. Diese Entwicklung widerspricht dem Konnexitätsprinzip („Wer bestellt, bezahlt“) und führt dazu, dass Kommunen ihre Handlungsspielräume verlieren. Zugleich steigt der Verwaltungsaufwand, weil neue Förderverfahren und Berichtspflichten zusätzliche personelle Ressourcen binden.

Wirtschaftliche Betätigung teilweise über Kernaufgaben hinaus
Zunehmend treten kommunale Gesellschaften in direkte Konkurrenz zur Privatwirtschaft – etwa im Wohnungsbau, in der Energieversorgung oder im Dienstleistungssektor. Dies verzerrt den Wettbewerb und steht im Widerspruch zum Grundsatz der Subsidiarität. Private Unternehmen können viele Leistungen ebenso gut oder besser erbringen. Gleichzeitig tragen sie mit ihren Steuern maßgeblich zur Finanzierung der Kommunen bei.

Kooperationspotenziale unzureichend genutzt
Viele Kommunen versuchen, alle Aufgaben eigenständig zu erfüllen. Dabei könnten interkommunale Kooperationen in Bereichen wie Flächenentwicklung, Beschaffung oder öffentlicher Nahverkehr erhebliche Effizienzgewinne ermöglichen. Doppelstrukturen bestehen häufig fort, weil gemeinsame Lösungen bislang zu wenig genutzt werden. Auch digitale Verwaltungskooperationen – etwa gemeinsame IT-Plattformen oder digitale Rechnungsprozesse – werden noch zu selten realisiert.

Was zu tun ist

Kommunalfinanzen konsolidieren und Zukunftsinvestitionen priorisieren
Kommunen müssen ihre Haushalte strukturell festigen und ihre Mittel gezielt für zukunftsgerichtete Projekte einsetzen. Eine nachhaltige Konsolidierung gelingt nur über die Ausgabenseite – durch Aufgabenkritik, Kostentransparenz und eine klare Priorisierung von Investitionen gegenüber konsumtiven Ausgaben. Investitionen in Bildung, Infrastruktur, Digitalisierung und Klimaanpassung sichern langfristig die Wettbewerbsfähigkeit und Lebensqualität vor Ort. Kürzungen sollten nicht in diesen Bereichen, sondern bei freiwilligen oder ineffizienten Leistungen erfolgen.

Investitionsfähigkeit sichern und Rückstände aufholen
Der Investitionsstau bei Schulen, Straßen und öffentlichen Einrichtungen gefährdet die Zukunftsfähigkeit der Kommunen. Bund und Land sollten durch eine angemessene Finanzausstattung nach dem Konnexitätsprinzip und weniger Bürokratie zu einer spürbaren Entlastung beitragen. Kommunen selbst sollten eine vorausschauende Finanzplanung betreiben und den investiven Ausgaben den Vorrang vor konsumtiven Ausgaben geben. Wer heute investiert, stärkt morgen die Standortattraktivität und die kommunale Steuerbasis.

Übertragene Aufgaben realistisch gegenfinanzieren
Das Konnexitätsprinzip („Wer bestellt, bezahlt“) muss konsequent umgesetzt werden. Bund und Land dürfen Kommunen nur solche Aufgaben übertragen, für die eine dauerhafte und auskömmliche Finanzierung sichergestellt ist. Berichtspflichten und Förderverfahren sollten vereinfacht und der Verwaltungsaufwand reduziert werden. Wo möglich, sollten Kommunen rechtliche Spielräume wie Experimentierklauseln nutzen, um effizientere Lösungen vor Ort zu entwickeln.

Kommunale Wirtschaftstätigkeit auf Daseinsvorsorge beschränken
Kommunen sollten ihre wirtschaftliche Betätigung auf Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge konzentrieren. Aktivitäten im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft – etwa in Bau, Energie oder Dienstleistungen – bergen wirtschaftliche Risiken und verzerren den Markt. Private Anbieter sollten den Vorzug erhalten, sofern sie die Leistungen ebenso gut oder besser erbringen können. Eine klare Abgrenzung der kommunalen Wirtschaftstätigkeit schafft faire Wettbewerbsbedingungen und stärkt die lokale Wirtschaftskraft.

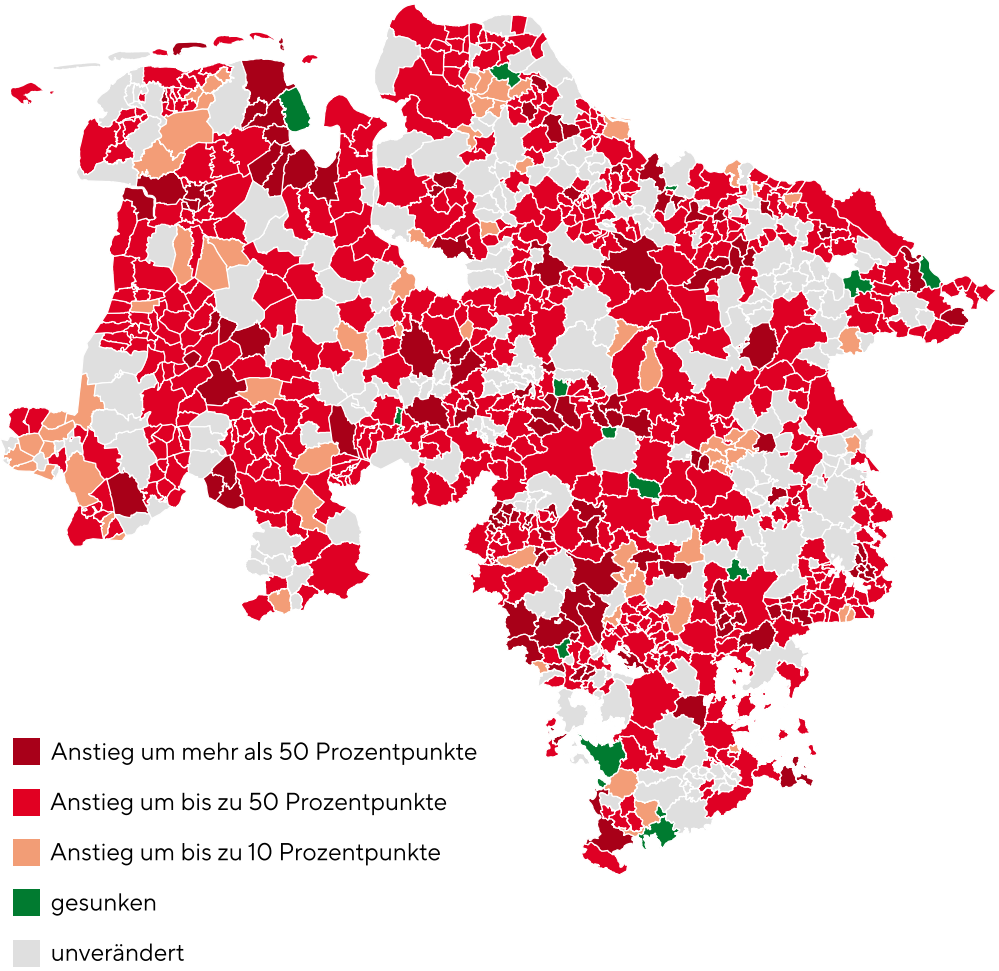
Interkommunale Zusammenarbeit stärken und Synergien nutzen
Durch Kooperationen können Kommunen Kosten senken, Fachkräfte effizienter einsetzen und ihre Leistungsfähigkeit sichern. Gemeinsame Beschaffung, digitale Verwaltungsplattformen oder interkommunale Planungs- und Infrastrukturprojekte eröffnen Einsparpotenziale und erhöhen die Effizienz. Insbesondere kleinere Kommunen profitieren von Partnerschaften und der Bündelung von Ressourcen. Das Land sollte entsprechende rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen schaffen, um regionale Kooperationen gezielt zu fördern.

11 Steuererhöhungen vermeiden

Neben einer soliden Haushaltsführung ist auch eine verlässliche Steuerpolitik entscheidend, damit Kommunen als Wirtschaftsstandorte attraktiv bleiben. Kommunen stehen in besonderer Verantwortung, durch eine maßvolle Steuerpolitik attraktive Rahmenbedingungen zu sichern. Doch in vielen Städten und Gemeinden in Niedersachsen steigen die Hebesätze bei der Gewerbe- und Grundsteuer seit Jahren an. Dies schmälert die Wettbewerbsfähigkeit – gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten.

Steuern dürfen kein Lückenfüller für strukturelle Haushaltsprobleme sein. Kommunale Finanzpolitik sollte die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft im Blick behalten und auf verlässliche Einnahmen durch Wachstum statt durch Steuererhöhungen setzen. Zugleich gilt es, bürokratische Sonderabgaben und neue kommunale Einzelsteuern zu vermeiden, die die Wirtschaft belasten und Standortvergleiche erschweren.

Entwicklung des Gewerbesteuerhebesatzes - Veränderung 2025 gegenüber 2015



Quelle: Eigene Erhebungen

Wie es ist

Steuerbelastung auf breiter Front gestiegen
Trotz steigender kommunaler Steuereinnahmen haben viele Städte und Gemeinden ihre Hebesätze weiter angehoben. Seit 2010 haben durchschnittlich rund 130 Kommunen jährlich ihren Gewerbesteuerhebesatz erhöht – etwa jede siebte Kommune in Niedersachsen. Im Zuge der Grundsteuerreform wurde das Ziel der Aufkommensneutralität vielfach verfehlt. Nach einer Umfrage der IHK Niedersachsen legte fast ein Drittel der Kommunen Hebesätze über dem neutralen Referenzwert fest und generierte so zusätzliche Einnahmen.

Diese Entwicklung führt zu einer schleichenden Mehrbelastung der Unternehmen, die unabhängig von der wirtschaftlichen Lage bestehen bleibt. Besonders betroffen sind Betriebe mit geringen Gewinnmargen oder in Restrukturierungsphasen. Während Bund und Land über Entlastungen diskutieren, erhöhen viele Kommunen gleichzeitig ihre Hebesätze – mit spürbaren Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit.

Kommunale Steuerpolitik beeinflusst Standortentscheidungen
Hohe Hebesätze mindern die Attraktivität von Standorten – insbesondere für investierende und mittelständische Unternehmen. Während Kommunen mit moderaten Steuersätzen Betriebe binden und neue Investitionen anziehen, drohen Regionen mit überdurchschnittlichen Hebesätzen Wettbewerbsnachteile. Der Steuerwettbewerb zwischen Kommunen hat sich verschärft, auch im Vergleich zu benachbarten Bundesländern.

Ein Standort mit stabiler und planbarer Steuerpolitik bietet den Unternehmen langfristige Sicherheit. Häufige Anpassungen hingegen führen zu Unsicherheit und erschweren Investitionsentscheidungen – vor allem für eigentümergeführte Betriebe mit regionaler Verwurzelung.

Sondersteuern und neue Abgaben schaffen zusätzliche Bürokratie
Zunehmend führen Kommunen neue Abgaben ein oder diskutieren diese – etwa Verpackungs- oder Bettensteuern. Solche Sonderabgaben verursachen erheblichen Verwaltungsaufwand, rechtliche Unsicherheiten und bringen oft nur geringe Mehreinnahmen. Zugleich entsteht ein Flickenteppich unterschiedlicher Regelungen, der für Unternehmen kaum nachvollziehbar ist.

Darüber hinaus stehen diese Abgaben häufig im Widerspruch zu bestehenden Landes- oder Bundesregelungen. Sie erhöhen den Verwaltungsaufwand und erzeugen Konflikte mit Betrieben, die bereits über Umwelt- oder Recyclingabgaben belastet sind. Statt Lenkungswirkung entsteht Misstrauen gegenüber der kommunalen Steuerpolitik.

Finanzausgleich setzt falsche Anreize
Der Kommunale Finanzausgleich (KFA) wirkt in seiner derzeitigen Ausgestaltung teils kontraproduktiv. Die Mechanismen führen dazu, dass Kommunen mit hohen Hebesätzen überproportional profitieren, während steuerlich zurückhaltende Kommunen benachteiligt werden. Dadurch entstehen automatische Anreize zu Steuererhöhungen, anstatt solide Haushaltsführung zu belohnen.

Was zu tun ist

Steuererhöhungen stoppen und Standortvorteile sichern
Kommunen sollten auf weitere Erhöhungen von Gewerbe- und Grundsteuer verzichten. Steuerdisziplin ist ein zentraler Beitrag zur Standortpolitik. Wer Hebesätze maßvoll gestaltet, stärkt die lokale Wirtschaft, sichert Beschäftigung und steigert langfristig die Steuereinnahmen. Steuererhöhungen dürfen kein Ersatz für strukturelle Haushaltsreformen sein.

Stattdessen sollten Kommunen ihre Einnahmebasis über Wachstum und Ansiedlungen stärken: durch investitionsfreundliche Flächenausweisung, schnelle Genehmigungen und wirtschaftsfreundliche Infrastrukturpolitik. Eine solide Steuerpolitik ist die beste Wirtschaftsförderung.

Aufkommensneutrale Umsetzung der Grundsteuer gewährleisten
Die Grundsteuerreform darf nicht zu versteckten Steuererhöhungen führen. Kommunen sollten ihre Hebesätze so festlegen, dass das Gesamtaufkommen stabil bleibt. Eine transparente Kommunikation über die Anpassungen stärkt das Vertrauen von Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen in eine faire Steuerpolitik.

Kommunen, die im Zuge der Reform Hebesätze deutlich über dem aufkommensneutralen Referenzwert festgelegt haben, sollten ihre tatsächlichen Einnahmen nach Vorliegen der ersten Ist-Daten überprüfen und die Hebesätze gegebenenfalls wieder auf ein neutrales Niveau absenken. So lässt sich Vertrauen in die zugesagte Aufkommensneutralität stärken.

Kommunale Sondersteuern vermeiden
Einige Kommunen in Niedersachsen überlegen, eigene Sondersteuern wie Verpackungs- oder Bettensteuern zu erheben. Derartige Steuern würden allerdings zu erheblichen bürokratischen und finanziellen Belastungen für Unternehmen führen, ohne den gewünschten Effekt zu erzielen – sei es ökologisch, sozial oder wirtschaftlich. Es droht zudem ein Flickenteppich aus unterschiedlichen kommunalen Regelungen, der Wettbewerbsverzerrungen erzeugt. Unternehmen tragen bereits durch bestehende Regelungen zu den entsprechenden Zwecken bei. Statt neue Sondersteuern einzuführen, sollten Kommunen auf freiwillige unternehmerische Entscheidungen, praxisorientierte Lösungen und unterstützende Maßnahmen setzen, etwa die Förderung nachhaltiger Verpackungen, digitaler Services oder touristischer Qualitätsstandards.

Reform des Kommunalen Finanzausgleichs prüfen
Der Kommunale Finanzausgleich (KFA) steht in seiner jetzigen Form immer wieder in der Kritik. Den automatischen Steuererhöhungsdynamiken, die sich aus dem KFA ergeben, sollte aktiv entgegengewirkt werden. Ein weiterer Ansatz wäre, die sogenannten Abschöpfungsquoten abzusenken oder einen Nivellierungshebesatz für Realsteuern wie in anderen Bundesländern einzuführen und zu fixieren. Hierdurch könnte man den Automatismus zu Steuererhöhungen abmildern. Neben der Zielsetzung eines einfachen und praktikablen Steuerrechts wäre dies im Bereich der Finanzpolitik ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und insbesondere des standorttreuen Mittelstandes.

Für Ihre Notizen

IMPRESSUM

Herausgeber:
Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg
Ringstraße 4 | 26721 Emden
Postfach 1752 | 26697 Emden
Tel. 04921 8901-0 | Fax 04921 8901-933
info@emden.ihk.de | ihk-emden.de

Karten: IHK Osnabrück - Emsland - Grafschaft Bentheim

Gestaltung: Werbeagentur PepperBee, pepperbee.de
Druck: Druckerei & Verlag Enno Söker, Esens

Stand: Oktober 2026



Industrie- und Handelskammer
für Ostfriesland und Papenburg
Ringstraße 4
26721 Emden

Tel. 04921 8901-0 | Fax 04921 8901-933
E-Mail: info@emden.ihk.de
Internet: www.ihk-emden.de

